

# Neuflamme Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 145 — 1. Jahrgang Saarbrücken, Samstag, den 9. Dezember 1933 Chefredakteur: M. Braun

## Aus dem Inhalt

Die Unfechtbarmachung

Seite 2

Ufa und Scheel

Seite 4

Röchling-Iscozef

Seite 5

Kleinwehe mit Rizinusöl

Seite 7

Inseratenteil beachten!

## Hitlers Forderungen an Frankreich

### Die volle Revision des Versailler Vertrages

Nach Informationen, die wir von unterrichteter und zuverlässiger Seite aus Berlin erhalten, hat Reichkanzler Hitler in seiner Unterredung mit dem französischen Votschafter vier Forderungen aufgestellt:

1. Eine sehr wesentliche Aufrüstung;
2. Rückgabe der Saar ohne Abstimmung;
3. Rückgabe von Eupen-Malmédy;
4. Freie Hand im Osten.

Diese Forderungen hat Reichkanzler Hitler in endlosen weitläufigen Ausführungen begründet. Mit besonderem Nachdruck und an der Hand eines genau ausgearbeiteten Manuskriptes hat er über die Saarfrage gesprochen, die im Interesse beider Staaten und Völker ohne Abstimmung zum Nutzen Deutschlands gelöst werden müsse. Art und Umfang der deutschen Forderungen haben in Paris abschreckend gewirkt, was aus der Zurückhaltung der französischen Presse und dem Ausbleiben jeder Antwort aus Paris hervorgeht. Der Reichkanzler persönlich ist nun aufs tiefste enttäuscht. Er ähnelt auch darin seinem weithin nachgeahmten Vorbild Wilhelm II., der auch nie begriff, warum die Franzosen seinen Freundschaftsbeteuerungen nicht ohne weiteres glaubten.

Hitlers Forderungen haben auch auf die britische Regierung starken Eindruck gemacht und ihr gezeigt, daß die von ihr begünstigte Vermittlung zwischen Frankreich und Deutschland auf noch viel größere Schwierigkeiten stoßen wird, als das britische Kabinett angenommen hatte.

Infolgedessen bemüht sich England jetzt, die geplante deutsch-französische Aussprache nur auf die Abrüstung zu beschränken und den Reichkanzler davon zu überzeugen, daß er seine Einzelforderungen zunächst zurückstellen müsse. Frankreich andererseits ist durch das außenpolitische Programm, das der Reichkanzler dem französischen Votschafter vorzutragen für gut fand, noch mehr in dem Willen befestigt worden, ein deutsch-französisches Gespräch nur mit aller Vorsicht und unter genügender Rückendeckung bei England zu beginnen. Die Zeit gerade auch für die Abrüstungsfrage. Die französischen Staatsmänner glauben nicht an die Möglichkeit eines besriedigenden Ausganges der deutsch-französischen Gespräche über die Abrüstung und wollen, daß England, das so hart auf diese Unterhaltungen drängt, die Verantwortung für das etwaige Scheitern mitträgt. Das bedeutet also, daß Frankreich eine Verständigung mit England über die mit Deutschland zu verhandelnden Gegenstände und die Grenzen des Entgegenkommens als Voraussetzung für den Beginn der deutsch-französischen Gespräche fordert.

Nicht minder wird Frankreich, ehe es sich mit Deutschland an den Verhandlungstisch setzt, mit seinen östlichen Verbündeten sich beraten. Der tschechische Außenminister Benes hat, wie aus Prag gemeldet wird, eine Einladung nach Paris erhalten und gedruckt, spätestens zu Beginn der nächsten Woche, in der französischen Hauptstadt einzutreffen.

Die Reichregierung ist trotz der lähligen Reserve Frankreichs fest überzeugt, daß unter dem Druck Englands eine deutsch-französische Unterredung zustandekommen wird und glaubt, daß die Verhandlungsbereitschaft auf der französischen Seite gewachsen ist.

Außerhalb des engeren Kreises um den Reichkanzler weiß man aber auch, daß nicht nur in Frankreich, sondern auch in England die Äblichen vor der Hitler-Barbarei groß ist. Zwar versucht man immer wieder, den maßgebenden französischen und englischen Politikern klarzumachen, daß die nicht zu leugnenden Ausschreitungen vorübergehend seien. Es gibt aber in beiden Ländern maßgebende Leute genug, die erkennen, welche europäischen Gefahren im Wesen des Nationalsozialismus und den daraus entspringenden innen- und außenpolitischen Methoden liegen. Ein sehr urteilsfähiger und einflussreicher Engländer, der jüngst Deutschland bereiste, hat seinen Eindruck gegenüber englischen Staatsmännern in den Satz zusammengefaßt: „Deutschland ist ein Land von Verrückten, die von Gangsters regiert werden“.

Man wird begreifen, wie schwer es ist, bei einer solchen Beurteilung, die diplomatisch natürlich in sehr viel milderen Worten ausgedrückt wird, zu aussichtsreichen Verhandlungen zu kommen.

### Chautemps regiert links

Paris, 8. Dez. Ministerpräsident Chautemps ist den Linksparteien dadurch entgegengekommen, daß er im Art. 8 seiner Finanzvorlage eine Verringerung der Rückzahlung bei den unteren Beamtengehältern und die Befreiung der in Artikel 12 vorgesehenen Steuererhöhungen zugestanden hat. Dafür soll eine mäßige Erhöhung der Benzinsteuern eintreten. Infolgedessen rechnet man mit einer Linksmehrheit für Chautemps. Die sozialistische Kammerfraktion hat allerdings am Donnerstagabend nur Stimmenthaltung bei den erwähnten Artikeln beschlossen, während man vielfach mit einer positiven Abstimmung für diese Artikel gerechnet hatte.

### Schutz der Saar-Minderheit

Eine französische Stimme

Der „Figaro“ schreibt: Man soll die psychologischen Probleme des Saargebietes nicht verkennen, eines Gebietes, in dem das Prinzip noch herrscht, dem Frankreich traditionell am härtesten verbunden ist: das Recht der Völker, in aller Freiheit über sich selbst zu bestimmen.

Gäbe es an der Saar nur eine Minderheit von 1000, ja selbst von 100 Einwohnern, die der Rückgliederung nach Hitler-Deutschland feindlich gegenüberstehen, dürfte Frankreich sie ohne Volksabstimmung den Sturmtruppen der Nazis ausliefern, denen die politische und individuelle Freiheit ihrer eigenen Volksgenossen so wenig gilt?

Wann abgesehen von den wirtschaftlichen Interessen Frankreichs an einem Gebiet, das an fünfter Stelle auf der Liste seines Außenhandels rangiert — welche französische Regierung könnte es mit ihrer Ehre vereinbaren, ein solches Vorgehen gegen Menschlichkeit und Gerechtigkeit zu billigen?

### Litwinow eilt

Berlin, 8. Dezember. Der russische Volkskommissar Litwinow hat Berlin schon nach wenigen Stunden Aufenthalt verlassen. Er hat seine Verhandlungen mit irgendeiner Stelle der Reichsregierung geführt.

## Christentum als Geisteskrankheit

### Der Aufstand gegen den „Sinai-Gott“

Die Niederlage der Nationalsozialisten auf kirchenpolitischen Gebieten ist so deutlich geworden, daß der Reichkanzler versucht, eine Rückzugslinie für seine von dem alten Protektantengeist zurückgebrachten braunen Scharen zu finden. Er hat zugestimmt, daß die Glaubensbewegung der „Deutschen Christen“ aufgelöst wird, wenn gleichzeitig sämtliche kirchenpolitischen Organisationen einschließlich des Pfarrernotbundes verschwinden.

Die katholische Kirche ist zwar noch ruhig, aber sie verheißt ihre Sympathien für den Glaubenskampf der Protestanten gegen das neubeidnische Germanentum der Nationalsozialisten nicht. Der Münchener Kardinal Faulhaber, der hark im Gegensatz zu dem bilerischen Schleppenträger Erzbischof Dr. Gröber in Freiburg ein grimmiger Gegner des dritten Reiches ist, hat in seiner Adventspredigt in der Münchener St. Michaels-Kirche den evangelischen Glaubensbrüdern ein Bündnis zur gemeinsamen Abwehr der Angriffe auf das Alte Testament angeboten.

Der Kardinal begann damit, daß in bestimmten Kreisen heute die Forderung erhoben werde, das Alte Testament zu beleitigen und die Kinder nicht mehr mit den „Geschichten von Abraham zu plagen“. Auch Christus selbst sei als Jude abzulehnen, und man verlange, ihn durch seine Mutter, obwohl sie aus dem Hause Davids komme, zum Arier umzuwählen. Damit werden die Grundlagen des Christentums berührt. Da könne der Kardinal nicht schweigen. Nicht Blut, sondern Glaubensbeziehungen bilden die Grundlagen der Religion, erklärte er.

Die „Evangelische Korrespondenz“ wirt in ihrer Nr. 48 den „Deutschgläubigen“ vor, daß sie eine Gottlosenbewegung in nationaler Aufmachung seien und ein getarnter Volkswidmud. Aus einem der „deutschgläubigen“ Bücher wird folgender Abschnitt zitiert:

„Erst heute beginnen wir, von der Geisteskrankheit des Christentums wieder zu genesen. Aber in all unlerem Denken und Tun zittert die Psychose noch nach. Es ist, als wären wir noch gelähmt durch den lebens- und wirklichsheitsfeindlichen Geiststauden dieser Religion... Volk unterm Kreuz! — Ueber tausend Jahre haben wir Deutschen das Kreuz von Golgatha getragen, das uns Winfried-Bonifatius, den He den „Apostel der Deutschen“ nennen, auferlegte. Und wir haben darunter gestöhnt und geblutet wie kein anderes europäisches Volk, weil wir bis heute keine rechte Form gefunden haben, die Fremdreliigion anzunehmen oder abzuwehren oder loszuwerden für unsere Entwicklung unschädlich zu machen... Deshalb ist es auch fraglich, ob die heutige deutsche Freiheitsbewegung, die ausdrücklich auf dem Boden des positiven Christentums steht, jemals ihr Ziel, die Eindämmung und Freiwerdung der Deutschen als Volk, erreichen wird. Der Weg hierzu geht über die Ausmerzang jeder Art Fremdreliigion.“

Wer das Christentum in seiner römischen Form erhalten will, erhält die Zwietracht der Deutschen. Man kann aber nicht das Golgathakreuz mit dem uralten nordischen Wendekreuz vertauschen, ohne zugleich an Stelle des Christentums die Deutschreligion zu setzen. Auch diese Vereinnahmung wäre nur eine halbe Maßnahme und würde ebensowenig zum Ziele führen wie Luthers und Bismarcks Werk... Die christlichen Staatsrechtslehren, Feindesverwahn und Jüngstes Gericht, die litlich sehr zweifelhafte Lehre vom gefallenen Menschen und vom römischen Gnadenmonopol haben es vermocht, daß das Volk der Cimbern und Teutonen, der Goien und Wandalen, die das kaiserliche Rom zerschlugen, ihrerseits vom päpstlichen Rom endgültig besiegt und

überwunden wurden. Besiegt und überwunden bis auf den heutigen Tag. Denn nur durch diese rassistierten seelischen Narkotika, die wie ein Gift in der reinen und wehrlosen Seele der Germanen weitertrahen, konnte der Zauberer von Rom es erreichen, daß unsere Vorfahren vor tausend Jahren sich die Zwangochristianisierung gefallen liehen, eine gepredigte Religion mit ihrer gewachsenen vertauschten, den act eigenen Glauben mit einer zurechtgemachten Lehre und mit Dogmengehorsam, das Naturgötliche des nordischen Kultus mit dem halbasiatischen Sinai-Gott, dem Lohn- und Strafgott der Juden, ihre landgeborene uralte Mythologie mit einer in fremder Sprache einem längst verunkenneten Mittelmeercock angeblich geoffenbarten Heiligen Schrift, die Reinheit ihrer Gessitten mit einer „Kultur“, welche durch römische Priester in Deutschland eingeführt worden war... Das katholische Pfarrband, in dem der unstrichbare androkratische Geist der Selbstbetrachtung regiert, hat aber nie etwas für uns Deutsche geboren, nichts Großes und nichts Kleines.

Man muß sich nur wundern, daß jetzt evangelische und katholische Fromme gemeinam sich über solche Gedankenänge wundern. Was die „Deutschgläubigen“ verkünden, steht alles in dem Buche Alfred Rosenbergs „Mythos des 20. Jahrhunderts“. Dieser Mann, der wie kein anderer den kulturpolitischen Willen der Nationalsozialisten geformt hat, und seit 18 Jahren der maßgebende geistige Berater Hitlers ist, hat stets das Christentum mit mehr Verachtung als das abgelehnt. Er hat vom Papst nie anders als vom „Mediziner“ gesprochen und den Katholizismus stets den Zauberreligionen der Primitiven gleichgesetzt. Das alles wußten die Führer sowohl der evangelischen wie der katholischen Kirche. Und dennoch haben sie sich aus recht irdischen poli-

lich-materiellen Gründen und aus elender Menschenfurcht gebaut. Es ist die alte bittere Erkenntnis aus dem Munde des Hohenpriesters in der Nacht vor der Kreuzigung Christi: „Ehe denn der Hahn zwiefach kräht, wirst Du mich schwach verleugnen“.

Die unbesiegbaren Erfolge, die die wiedererwachte protestantische Glaubenskraft gegenüber dem braunen Barbarentum erzielt hat, verpflichten auch die katholische Kirche. Nicht lange mehr darf sie in ihrem Schwächezustand verharren.

## Die Unfruchtbarmachung

### Amtliche Erläuterung des Gesetzes

Berlin, 8. Dez. Ueber die Ausführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses sprach über alle deutschen Sender Ministerialrat Dr. Witt. Er führte u. a. aus:

Die Unfruchtbarmachung ist keineswegs gleichbedeutend mit Kastration, sondern Kastration nennt man die Entfernung der Keimdrüsen selbst. Während die chirurgische Entfernung der Keimdrüsen eine körperliche und seelische Veränderung des operierten Menschen zur Folge hat, ist dies bei der Sterilisation nicht der Fall.

Nach § 1 des Gesetzes darf die Unfruchtbarmachung nur dann vorgenommen werden, wenn sie von einem Erbgesundheitsgerichte für notwendig erklärt worden ist. Bekanntlich rechnen zu den Erbkranken des Gesetzes der angeborene Schwachsinn, erbliche Geisteskrankheiten, schwerer Alkoholismus und schwere körperliche, erblich bedingte Leiden.

Um das Gesetz zu verstehen, muß man sich den Sinn des Gesetzes vor Augen halten, der eindeutig und klar ist.

1. soll die Geburt solcher unglücklichen Menschen in Zukunft überhaupt verhindert werden.

2. soll das Gesetz die Familien und Angehörigen vor unendlichem Leid und jahrelangen Opfern bewahren.

Den erkrankten Personen selbst dagegen soll wie bisher auch weiterhin die notwendige Pflege ausgedehnt werden. Wie sehr der Gesetzgeber bemüht gewesen ist, Härten zu vermeiden, geht aus mehreren einschränkenden Bestimmungen hervor: So soll z. B. bei Personen, bei denen infolge hohen Alters oder aus anderen Gründen eine Fortpflanzung nicht mehr in Frage kommt, der Antrag zur Sterilisation überhaupt nicht gestellt werden, desgleichen nicht bei Personen, die aus anderen Gründen dauernd anhaltungsbedürftig sind oder bei denen die Operation mit Lebensgefahr verbunden ist. Ferner soll die Unfruchtbarmachung nicht vor Vollendung des 16. Lebensjahres vorgenommen werden.

Um dem Staate die Möglichkeit der Kontrolle und des Eingreifens zu geben, sollen Ärzte und alle Personen, die sich mit der Heilbehandlung, mit der Untersuchung oder Beratung von Kranken befassen, zur Meldung verpflichtet sein. Die Anzeige ist dem zuständigen Amtsarzt zu erstatten, dem die Verpflichtung obliegt, den Antrag auf Unfruchtbarmachung zu stellen, sobald die betroffenen Personen oder deren gesetzliche Vertreter es nicht selbst tun, und wenn dies seiner Ansicht nach zur Verhinderung von erbkranken Nachwuchs geboten erscheint.

Die Kosten des Eingriffes trägt der versicherte Person die Krankenkasse, bei Hilfsbedürftigen der Fürsorgeverband, bei allen übrigen die Staatskasse.

Hat das Gericht die Unfruchtbarmachung beschlossen und das Erbgesundheitsgericht das erste Urteil bei einem etwaigen Einspruch gebilligt, so ist der Unfruchtbarzumachende von dem zuständigen Amtsarzt schriftlich anzufragen, den Eingriff innerhalb von 14 Tagen in den dafür in Betracht kommenden Anstalten vornehmen zu lassen. Bei Jugendlichen darf der Eingriff unter Anwendung unmittelbaren Zwanges allerdings nicht vor dem 14. Lebensjahre ausgeführt werden.

Als dringend wird die Operation im Sinne dieses Gesetzes in solchen Fällen anzusehen sein, bei denen die Gefahr besteht, daß sie sich ungehemmt fortpflanzen.

### Wieder ein Todesurteil

Im Prozeß gegen die Kommunisten Kaptur und Paulisch in Dortmund wegen Erschießung des SS-Führers Adolf Hüh wurde Kaptur wegen Mordes zu 10 Jahren Zuchthaus, Paulisch zu acht Jahren Zuchthaus.

Zum Bilde rechts.

Unsere Karte gibt einen Überblick über die niedrigsten Temperaturen, die in den letzten fünf Jahren in den einzelnen deutschen Orten gemessen wurden. Am „wärmsten“ — mit freilich 17 Grad Kälte — war es im Nordwesten, während die allerhöchsten Temperaturen in Ostpreußen, in Oberschlesien und in Südbayern gemessen wurden. Aber auch in Deutschlands Mitte, der Gegend um Erfurt, hatte mit minus 30 Grad bittere Kälte zu verzeichnen. Die niedrigsten Temperaturen wurden übrigens fast ausschließlich in dem Kälte-Rekordjahr 1929 gemessen.

## Eine Straße, die ich liebe

Von Walter Kirchner

Ich habe eine Geliebte in Paris und bin glücklich mit ihr. Eine bescheidene anspruchsvolle Geliebte habe ich, die nur verstanden sein will, weiter nichts. Dreimal in der Woche um die Mittagszeit herum gehe ich zu meiner Geliebten, um sie zu sehen. Und jedesmal kann ich sie besser, erfahre ein wenig von ihrer Vergangenheit und jedesmal freue ich mich, bei ihr gewesen zu sein.

Es ist eine Straße, die ich liebe, eine schmale, nicht weit vom Pantheon gelegene Straße, alt wie Paris selbst, und lebendig wie eine Französin. Ich bin ihr seit Wochen treu und habe wegen ihr alle die Straßen und Plätze von Paris, die ich liebe, treulos verlassen Selbst den Place de la Saint Geneviève.

Wenn ich angestrengt von Paris erzähle, so erzähle ich von der Rue Rouffetard, und wenn ich über Paris schreibe, so schreibe ich von der Rue Rouffetard, denn alles, was ich über Paris schreiben oder erzählen könnte, scheint mir in dieser Straße enthalten zu sein.

Überall hin fahren die Autocars der Fremdenindustrie, über die Champs Elysées und durch den Bois de Boulogne, nach Versailles und Fontainebleau, über die Seine und über den Place de la Concorde. Vor den Vergnügungsalokalen halten sie, vor denselben alten Vergnügungsalokalen, in die schon unsere Großväter anno dazumal gingen, um das Nachtleben von Paris zu genießen. Auf den Montmartre hinauf fahren die großen Autocars, vollgeladen mit Fremden, und sogar hinunter bis an die Rue de la Vierge, um den Anschein eine halbe Stunde lang das Pariser Leben zu bieten. In kleinen Tanzlokalen, im „Pal Musette“ und „chez Boucador“, unter verwehrenden Blicken erleben sie den Schauer einer gefährlichen Umarmung, die aus der Reugier der Besucher den Erwerb zieht.

# Frankreichs Außenpolitik

## Vor entscheidenden Entschlüssen

Paris, 8. Dezember. In einer Savas-Meldung heißt es: Die französische Regierung habe die befreundeten Regierungen, d. h. die ständigen Verbündeten, über das Ergebnis der ersten deutsch-französischen Fühlungnahme informiert. Zu dem gleichen Zweck habe sich der englische Vizekonsul in Paris nach London begeben. Die französische Regierung werde abwarten, bis sie den Standpunkt der anderen Regierungen kenne, um dann — nach Beendigung der Finanzdebatte — in einem Ministerrat ihre endgültige Haltung festzulegen. Im Zusammenhang mit dieser diplomatischen Methode der ständigen Informierung und Befragung der befreundeten Mächte werde auch die Zusammenarbeit zwischen dem französisch-italienischen Außenminister Paul-Boncour und dem tschechoslowakischen Außenminister Dr. Beneš am 14. Dezember stattfinden. Die Haltung Deutschlands, Italiens und Rußlands gegenüber dem Völkerbund sei wenig angetan, diesen zu festigen. Frankreich, das dem Völkerbund treu bleibe, habe eine Vermittler- und Schlichterrolle zu spielen. Es müsse versuchen, die Mächte um den Völkerbund zu sammeln, um ihm seine große Rolle in der europäischen Politik wiederzugeben. Paul-Boncour und Beneš würden deshalb die Mittel zur Herbeiführung dieser internationalen Regengruppe prüfen und sich mit der Frage beschäftigen, welche Vervollkommenung innerhalb des Völkerbundes und welche neuen internationalen Methoden notwendig seien. Paul-Boncour werde, sobald es ihm möglich ist, dem tschechoslowakischen Außenminister in den betreffenden Hauptstädten erwidern.

## Die tägliche Lüge

### Max Braun im Film

Die Tageszeitung der Saarregion hat die Frage um eine Sensation reicher. Der Chefredakteur des großen Pariser Blattes „Paris midi“ Gabriel Perrey hat jüngst eine große Anekdote über die Saar anekdotiert und zugleich einen Saarkrimi gedreht. Seine Artikel erscheinen als Fortsetzungen jeden Tag an der Spitze seiner Zeitung und werden weithin beachtet. Die „Saarbrücker Zeitung“ richtete nun einen scharfen Angriff gegen den Führer der Freiheitsfront des Saargebietes Max Braun, weil er sich habe verweigern lassen und im Film ein gegen Ostdeutschland gerichtetes Schriftstück verleihe. Was ist wahr? Herr Perrey war während seines Aufenthaltes an der Saar auch bei dem Rastführer Spaniol. Ausführlich druckte die saarländische Presse ein Interview

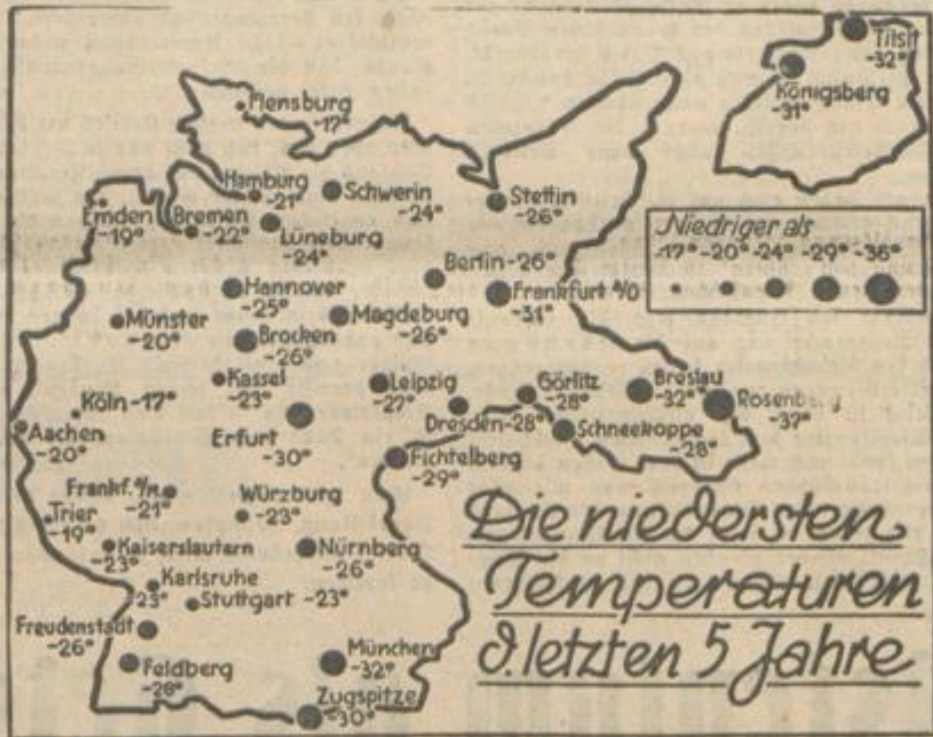
mit ihm ab. Auch Spaniol sollte für den Film sprechen. Er sagte erst später ab, als er erfuhr, daß auch Max Braun im Film auftreten würde. Dieser hat auf Wunsch der Filmhersteller seinen Text sowohl deutsch wie französisch gesprochen. Beide Fassungen wurden angenommen. Der Text ließ wörtlich:

„Die Saar ist ein europäisches Problem. Sie ist zuerst und zuletzt eine Frage der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. Auch die Saarabstimmungen hat nur daher ihren Sinn und ihre Bedeutung. Das Aufstreben isters aber hat allen europäischen Fragen eine neue Richtung und eine andere Tendenz gegeben. Europa ist gezwungen, einen atavistischen Barbarismus von krankhafter Wildheit und perverser Brutalität zu begegnen — die Saar ist nur eine der vordersten Linien in diesem Kampfe!“

Ein Sieg der Freiheit, der Demokratie, der Menschlichkeit und der sozialen Gerechtigkeit an der Saar ist ein europäischer Triumph — eine Saarniederlage gegen den aggressiven Faschismus Hitlers aber eine verlorene Schlacht Europas. Ihr würden weitere Schlachten im Westen so sicher folgen, wie das Amen in der Kirche. Darum verlangt die Freiheitsfront der Saar, in der sich die wahren und guten Deutschen des Saargebietes befinden, daß das Saargebiet niemals dem Hitler-Terror ausgeliefert wird.

Statt dessen wünschen sie nach der Niederwerfung des Hitler-Faschismus eine wirkliche, aufrichtige und dauernde deutsch-französische Verständigung, die allein in der Lage ist, auch das Saarproblem glücklich und endgültig zu lösen.“

Wenn man diesen authentischen Text mit dem vergleicht, was die „Saarbrücker Zeitung“ schrieb, die Braun Propaganda für den Anschluß der Saar an Frankreich unterstellte, so trifft man wieder einmal auf jene erbärmlichen Entstellungen und Verlogenheiten, die zum täglichen Handwerk dieser Presse gehören.



Die niedersten Temperaturen d. letzten 5 Jahre

Überall fahren die Autocars hin, aber an der Rue Rouffetard laufen sie vorbei, denn sie ist zu schmal und zu unkenntlich.

Ich aber besuchte meine Geliebte dreimal die Woche um die Mittagszeit herum. Unter die Menge mischte ich mich, die frohend — schreiend — buntfarbig — sich dahindrängte, über hölzriges Pfandst, auf dem schon die Revolutionskarren rollten. Zwischen Körben voll von Äpfeln, Nüssen, Panakotten, Schnecken, Fischen, Früchten und anderen Schnulchen der Feinschmecker betrachtete ich meine Geliebte. Umgeben von weißen — schwarzen — gelben Menschen, meist Frauen mit Körben und Kindern.

Der Geruch von frischem Fleisch und Obst, der Duft von Gemüsen und Blumen, der Gestank lauender Fische und Abfälle vermischte sich mit den jugendlichen Ausrufen der Verkäufer und den Tönen einer Piepharmakonie zu einem tollen Gemische. Deren von altem Papier, ungeschliffene Marktörbe und schwächende Weiber erschweren das Vorwärtskommen. In jedem Händler fast hat sich ein Händler niedergelassen, der seine Ware feil bietet und jede Händlerische ist zu einem Verkaufstand verwandelt. In den schmalen dunklen Nebengassen streichen Kägen lautlos herum.

Über das wogende lebendige Treiben dieser Marktstraße löst jede Stunde das Leben der Kirche Saint Medard, daselbst Västen derselben Gasse, das einst, im Jahre 1361, die Calvinisten so aufregte und ärgerte, daß sie den Katholiken in der engen Straße eine blutige Schlacht lieferten. Brand, Plünderung und Mord tobte damals in der Rue Rouffetard. Erst die Soldaten des Königs konnten die Ruhe wieder herstellen und die Schuldigen vor das Tribunal befördern, vor dem sie zum Tode verurteilt wurden. In dem kleinen Gärtchen vor der Straße am Ende der Straße, in dem heute alte Frauen auf den Bänken sitzen und Kinder im Sande spielen, wurde die Hinrichtung vorgenommen. Zweihundert Jahre später wurde die Rue Rouffetard wieder Schauplatz

eines großen Gefühls. In dem armen Viertel verbreitete sich das Gerücht, daß die Gebeine des in der Kirche aufgebahrten Dionysus Francois Paris Wunder verrichten könnten, daß sie Kranke heilen und Krüppel laufen machen könnten. Ein unübersehbarer Strom von unglücklichen Menschen, mit allen erdenklichen Gebrechen behaftet, wälzte sich durch die Rue Rouffetard in die Kirche und der Erzbischof von Paris mußte die Kirche und den Kirchhof schließen lassen. Soldaten bewachten den heiligen Ort und der alte französische Reim:

de par le roi, defense à Dieu  
de faire miracle en ce lieu

rammt aus dieser Begebenheit.

Und die französische große Revolution tobte auch hindurch durch diese Straße. Wilde Kämpfe lieferten sich Jakobiner und Girondisten hier und in den dunklen Nebengassen der „Passage des Patriarches“ und in der „Passage des Postes“. Viel Blut floß auf denselben Pflastersteinen, die heute die Körbe voll von Äpfeln und Federbüschen tragen. Jahrhundert um Jahrhundert ist vorbeigezogen. Hungerknoten und Hexenverdammungen, Revolution und Kaiserum, Befreiung und Siegesfeiern erlebte die Rue Rouffetard. Aber sie ist sich gleich geblieben. Die alten Häuser mit den länglichen zur Hälfte verwitterten Fenstern stehen noch, wieder und immer wieder bewohnt, noch immer reichen Kägen um das Gemüsen und noch immer ruft die alte Kirche die Gläubigen zur Andacht. Das Leben aber rauscht stets jung und stets erneut durch die alte Straße, buntfarbig, vollstämmig, mit all dem Charme, der Kindlichkeit und der Dummheit, wie es durch das Paris rauscht.

Ich habe eine Geliebte in Paris, eine Straße, die ich dreimal in der Woche um die Mittagszeit zu besuchen pflegte. Jedesmal viel mehr von ihr zu wissen, — ehe ich sie verlassen werde.

# Deutschland im Zeichen des Totenkopfs



Bläserchor der Leibstandarte „Adolf Hitler“

## Entrechtung des deutschen Volkes

### Die kommende Verfassung des Diktatorstaates

Der Regierungspräsident von Magdeburg Dr. Helmut Nicolai hat im Schoeffer-Verlag eine Schrift erscheinen lassen „Der Staat im nationalsozialistischen Weltbild“. Dr. Nicolai ist jüngst zur Bearbeitung der neuen Verfassungspläne in das Reichsministerium des Innern berufen worden. Man darf annehmen, daß die Thesen seines Buches grundlegend für die neue Staatsform sein werden. Nicolai hat auch schon das Reichstatthaltergesetz stark beeinflusst. In den nachfolgenden seinem Buche entnommenen Thesen kommt der Wille zu einer rein autoritären Staatsführung stark zum Ausdruck.

### „Räte“ statt Volksvertretung

I. Die Einrichtung der „Volksvertretungen“ bedeutete, wie schon der Name sagt, eine „Vertretung“ des Volkes gegenüber dem Staat im Sinne eines Gegenjahres. Einen Gegenjahrs zwischen Staat und Volk kennt der nationalsozialistische Staat nicht, und deshalb ist in ihm für Parlamente in dem bisherigen Sinn kein Raum.

II. An die Stelle der Parlamente steht der nationalsozialistische Staat „Räte“, die aber nicht den Charakter von Kontrollorganen gegenüber der Staatsgewalt, sondern lediglich den beratenden Körpercharakter haben und eine lebendige Verbindung zwischen Staatsregierung und Bevölkerung darstellen sollen.

1. Die Einrichtung von „Räten“ in diesem Sinne ist in Preußen durch den neuen Preussischen Senat und die neuen Provinzialräte bereits verwirklicht worden. Im Reich wird die Schaffung eines Senats als beratendes Organ der Reichsregierung geplant.

2. Die Räte weisen im Vergleich zu den Parlamenten folgende markante Unterschiede auf: a) Die Räte vertreten nicht das Volk, sondern beraten die Führer. b) Die Räte gehen deshalb nicht aus Wahlen hervor, sondern werden berufen. c) Die Räte bestehen nicht aus „Abgeordneten“ von Wahlgruppen, sondern aus Einzelmitgliedern kraft Amtes. d) In den Räten wird nicht abgestimmt, sondern beraten durch Aussprache oder Materierung. Die Mitglieder der Räte führen deshalb folgerichtig auch die persönliche Amtsbezeichnung „Rat“ (Preussischer Staatsrat, Provinzialrat). e) Es gibt in den Räten keine Fraktionen oder sonstige willkürlichen Gruppen.

### Das Führerprinzip

Das Staats- und Verwaltungsleben Deutschlands soll nunmehr nach dem Führerprinzip neu organisiert werden. Dazu sind weitgreifende Umgestaltungen in Reich, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden erforderlich, die teilweise bereits durchgeführt sind, teilweise noch der Durchführung harren.

#### Im Reich

I. Ausschaltung des Reichstags. Die Reichsregierung hat durch das Gesetz vom 24. März 1933 die Befugnis zum Erlaß von einfachen und verfassungsändernden Reichsgesetzen erhalten.

1. Dem Reichstag ist dadurch sein vornehmstes Recht so gut wie entzogen. Das Gesetz läßt zwar neben dem neuen den bisherigen Gesetzgebungsmodus ausdrücklich offen, in der Praxis wird jedoch eine Vertagung des Reichstags als Gebührensache kaum noch in Frage kommen.

2. Die parlamentarische Regierungsform ist im Reich zwar formell noch nicht aufgehoben, aber sie ist praktisch bedeutungslos, nachdem die politischen Parteien beseitigt sind.

3. Die gänzliche Aufhebung des Reichstags steht bevor.

II. Errichtung eines Führerrats. Es besteht die Absicht, beim Reich einen „Senat“ neu einzurichten.

1. Dem Senat sollen als Aufgaben zugewiesen werden a) den Führern zu beraten, b) die Kontinuität der nationalsozialistischen Herrschaft unabhängig von der Person einzelner sicherzustellen.

2. Der Senat soll aus 60 Mitgliedern bestehen, die vom Führer aus den Führern der nationalsozialistischen Bewegung berufen werden.

#### In den Ländern

I. Vereinheitlichung der Staatsführung. Sie ist durch Einsetzung der Reichstatthalter erreicht.

II. Ausschaltung der Landtage. Die Volksvertretungen der Länder sind, bevor sie ganz aufgehoben werden, in der gleichen Weise wie der Reichstag einflusslos gemacht worden. 1. Die Landesregierungen haben Gesetzgebungsautonomie erhalten. 2. Die Befugnisse der parlamentarischen Regierungsform ist in den Ländern bereits durchgeföhrt.

III. Errichtung von Führerräten. An Stelle der Landtage sollen mit der Zeit Führerräte mit den gleichen Aufgaben treten, wie sie für den einzurichtenden Senat beim

Reich vorgesehen sind. In Preußen ist diese Absicht durch den neuen Preussischen Staatsrat bereits verwirklicht worden.

#### In den Gemeinden und Gemeindeverbänden

Auf Grund des Führerprinzips sind insbesondere folgende Umgestaltungen des Gemeindeverfassungsrechts erforderlich:

1. Aufhebung der kommunalen Vertretungen Körperschaften, die aus allgemeinen Wahlen hervorgehen (Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen, Kreisräte, Provinziallandtage) und ihre Ersetzung durch Räte. Preußen hat hiermit bereits angefangen; die bisherigen Provinziallandtage und Kreisräte wurden einflusslos gemacht, ihre Aufgaben gingen auf die Provinzialausschüsse bzw. Kreis-Ausschüsse über.

II. Aufhebung der Bürgermeisterverfassung an ihrer Statt. Die bisherigen Magistratsmitglieder sind dem Bürgermeister in Zukunft nicht mehr nebengeordnet, sondern unterstellt.

III. Erneuerung der leitenden Gemeindebeamten statt Wahl, wo eine solche stattfindet. Nach erfolgter Wahl werden sie zur Zeit in Preußen von der Aufsichtsbehörde nach deren freier Entscheidung ein- und abgesetzt und nach Bewährung im Amt nach einem Jahr bestätigt.

### Dezentralisierung der Einheitsstaaten

Im nationalsozialistischen Deutschland war die Frage der innern Gliederung des Reichs bis vor kurzem noch unentschieden. Es wurden zwei sich widersprechende Auffassungen zur Geltung gebracht:

I. Die eine Auffassung verlangte die Beibehaltung der bundesstaatlichen Struktur des Reichs in der gegenwärtigen Form und damit die Erhaltung der bisherigen Gebietsenteilung. Die Länder sollten unter den Reichsstatthaltern bestehen bleiben, an ihrem Staatsgebiet sollte nichts Wesentliches geändert werden.

1. Die Auffassung ruht auf der historischen Entwicklung. Sie will insbesondere, daß die Vormachtstellung Preußens im Reich erhalten bleibt und, wie zur Zeit Bismarcks, die Grundlage der Reichspolitik bilden soll.

2. Die Auffassung ist als überholt zu betrachten, nachdem sich der Führer auf dem Parteitag in Nürnberg 1933 für die Liquidierung der Länder und Schaffung einer Reichseinheit ausgesprochen hat.

II. Die zweite Auffassung fordert die Umwandlung des Reichs in einen dezentralisierten Einheitsstaat und damit eine den Bedürfnissen des Reichs entsprechende Neugliederung der Länder, die zu Verwaltungsförderung mit hochentwickelten Selbstverwaltungsorganen umgestaltet werden sollen.

1. Die Auffassung gründet sich auf völkische und praktische Erwägungen. Sie steht in der gegenwärtigen Gliederung des Reichs das Produkt einer geschichtlichen Entwicklung, die in der Gedankwelt des dynastischen Territorialstaates und insbesondere durch den unvollständigen Verlauf der Stammsgliederung des deutschen Volkes erfordert eine ganz andere Einteilung des Reichs. Des weitern sei aber auch aus wirtschaftlichen, verkehrspolitischen und verwaltungsmäßigen Gründen Vereinfachung, Kostenersparnis, Selbstverwaltung größerer Gebietsteile sowie nach kulturellen Gesichtspunkten (Förderung des Heimatgefühls) eine Neugliederung des Reichs unabwendbar.

2. Vorschläge für die Neuabgrenzung der Länder sind in der Literatur bereits mehrfach gemacht worden. Einer dieser Vorschläge, der im übrigen kein altnägliches Urteil enthält, sondern lediglich vorläufigen Charakter hat, wie Deutschland nach völkischen Gesichtspunkten gegliedert werden könnte, wird nachstehend wiedergegeben.

### Stammesgliederung

Preußen bestehend aus der Provinz Ostpreußen, Pommern bestehend aus der Provinz Pommern, dem nördlichen Teil der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen sowie den Ländern Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, Brandenburg bestehend aus der Provinz Brandenburg, der Stadt Berlin, der Altmark (Regierungs-

## „Des Geistes Schwert...“

### Dimitroff tapfer bis zuletzt

Aus den letzten Zeugenvernehmungen tragen wir nach: Aus der Verlesung von Reichsgerichtsurteilen aus dem Kommuniprozessen früherer Jahre reagiert Dimitroff mit dem Anruf, auch das Gerichtsurteil über den am 9. November 1933 in München von den Nationalsozialisten unternommenen Mord an dem Reichstagsabgeordneten Dr. Thälmann zu rekapitulieren. Nach geheimer Beratung verurteilt das Gericht die Ablehnung dieses Vorschlages.

Der nationalsozialistische Hausinspektor des Reichstags, Seranowitsch, stand noch einmal vor dem Zeugentisch. Dimitroff benutzte die Gelegenheit, um auf eine Verlesung der Aufklärungsurteile zurückzukommen, wonach Seranowitsch die drei bulgarischen Angeklagten wiederholt im Reichstagsgebäude gefesselt hätte. Der Zeuge, der sonst als besonders bärbeißiger Amtsperson bekannt war, nimmt einen viel vorsichtigeren Standpunkt ein. Früher hätte er geglaubt, sich an eine Begegnung zu erinnern, aber beim Freitagen des Gerichtssaales in Berlin seien ihm Zweifel gekommen. Am besten erlaube ihm noch Popoff bekannt, aber vielleicht sei das doch eine Verwechslung mit dem Abgeordneten Dr. Neubauer. Dimitroff reaktiviert sich mit einem Bekenntnis, das eine beiseite Satire auf alle die Konfusionen und Gehirngespinnste darstellt, die viele Zeugen sich geleistet haben: Als er, Dimitroff, beim Betreten des Gerichtssaales einmal Herrn Seranowitsch erblickte, habe er geglaubt, einen bekannten mazedonischen Terroristen und Mörder von zehn Kommunisten vor sich zu sehen. Nachträglich müsse er aber zugeben, daß das auf einem Irrtum beruhe...

## Braune Führergestalten

### Vom Soldatenrat zum Nazi-Präsidenten? — Ein 18jähriger schreibt seine Memoiren

Man schreibt uns aus dem Reich: In Ihrer Nummer 141 haben Sie auf der Titelseite einen Artikel „Neuer vor den Richten“ gebracht, in welchem der jetzige Polizeipräsident Geiberg von Arefeld erwähnt wird.

Dieser Geiberg stammt aus Neuh. wo er vor seiner Einsetzung als Polizeipräsident Vertreter einer Papierfabrik und vorher einer Seifenfabrik war. Er ist also von Beruf reicher Kommis., eben ein typischer Parteibuchhändler, wie sie im Zeitalter der „Wiederherstellung“ des Berufsbeamtentums zu Tausenden in alle möglichen Ständen eingesetzt worden sind.

In Nummer 47 der „Berliner Arbeiterzeitung“ vom 24. November 1918 ist unter den Bildern der Mitglieder des Vollzugsrats des ehemaligen Arbeiter- und Soldatenrats Berlin auch das Bild eines gewissen „Geiberg“ zu finden. Der hier abgebildete Geiberg hat allerdings gar keine Ähnlichkeit mit dem Geiberg, der jetzt in Arefeld den Polizeipräsidenten spielt. Das kann aber auch dadurch erklärlich sein, daß die Soldaten am Ende des Krieges alle abgemagert ausliefen. Immerhin trägt der Geiberg der VZ, die Uniform des 5. Garde-Regiments i. V., während der Geiberg in Arefeld auch bei diesem Regiment gedient hatte.

Es wäre nun zu interessant, einmal festzustellen, ob diese beiden Geibergs identisch sind. Das kann ich aber von Deutschland aus nicht feststellen, weil ich bei einer Anfrage bei einer Behörde sofort polizeilich nach dem Beweggrund meiner Anfrage verhört werden würde. Sie kennen das ja. Andererseits können Sie diese Feststellung bei ehemaligen Soldatenratsmitgliedern besser treffen; ich kenne deren heutige Anschriften nicht.

Der in demselben Artikel erwähnte Vorstoß gegen die religiösen Jugendverbände geht zwar von dem „Oberlandesführer“ Weis aus, ist aber fraglos von einem gewissen Richard Heil veranlaßt worden. Dieser Landshut hat erst im Frühjahr d. J. an der Oberrealschule in Arefeld sein Abitur gemacht. Da er bereits seit längerer Zeit der damals verbotenen Hitlerjugend angehört hat, natürlich auch, Schüler haben sich von jeder verboten Vereinen ausgeschlossen; das ist ein Verstoß der Pubertätszeit. Nach der „nationalen“ Revolution war dies jedoch auf einmal ein Anlaß zum Aufstieg. Heil wurde mit 18 Jahren Mannführer und ist jetzt in W. Untergruppenführer. Von ihm erschien in der „Volksparole“ ein Artikel „Aus dem Leben Richard Heils“, erhältlich von seinem Vater aufgelegt und im schwülstigen Byzantinertitel verpackt. Wenn Hindenburg oder Ludendorff oder andere „Aus dem Leben“ erzählen oder erzählen lassen, was das hingehen. Aber was hat schon ein 18jähriger Bengel, der erst in 2 Jahren hätte Rekrut werden können, „Aus dem Leben“ zu erzählen? Die Hitlerjugend duldet nicht, daß die Jugend auch noch Beiträge an andere Verbände als die Hitlerjugend bezahlt, von der sie leben. Das ist der einzige Grund für das Vorgehen gegen die unangenehme Konkurrenz der Konfessionellen.

### Amtliche Leichenfledderei

Die Geheime Staatspolizei hat aus dem Nachlaß des im Gefängnis in den Tod getriebenen Schriftstellers Erich Farona, des Geschäftsführers der „Gesellschaft der Freunde des neuen Ruhland in Deutschland“, Druckschriften, Fotos und Noten beschlagnahmt und zugunsten des Landes Preußen eingezogen.

bezirk Magdeburg), dem Land Anhalt und dem braunschweigischen Amt Kalverde und dem Kreis Hainburg sowie dem mittleren Teil der Grenzmark Posen-Westpreußen. Sachsen-Thüringen bestehend aus den Ländern Sachsen und Thüringen, den Regierungsbezirken Merseburg und Erfurt sowie den Kreisen Schmalkalden und Schleusingen. Schlesien bestehend aus den Provinzen Niederschlesien und Oberschlesien sowie dem südlichen Teil der Grenzmark Posen-Westpreußen. Niedersachsen bestehend aus den Provinzen Schleswig-Holstein und Hannover mit Ausnahme des Regierungsbezirks Osnabrück, ferner dem nördlichen Teil von Oldenburg, den freien Reichsstädten Hamburg, Lübeck und Bremen, den Ländern Braunschweig (außer Blankenburg und Kalverde) und Schaumburg-Lippe. Westfalen bestehend aus der Provinz Westfalen, dem Regierungsbezirk Osnabrück, dem Kreis Minteln und dem Land Lippe-Deimold. Rheinprovinz bestehend aus dem nördlichen Teil der Rheinprovinz, Rheinfuranken bestehend aus Saargebiet, südlicher Rheinprovinz, Birkenfeld, dem südlichen Oden, der Pfalz, Nordbaden, Nordwürttemberg, dessen bestehend aus der Provinz Ostpreußen ohne die Kreise Schmalkalden und Minteln, dem Wiesener Oberhessen, dem Kreis Weimar, Mainfranken bestehend aus den bairischen Kreisen Oberfranken, Mittelfranken und Unterfranken. Schwaben bestehend aus den Ländern Württemberg und Baden, soweit diese nicht zu Rheinfranken kommen, dem bairischen Kreis Schwaben und dem preussischen Hohenzollern. Bayern bestehend aus Oberbayern, Niederbayern und Oberpfalz.



# „Unbelastet“ — „Seelische Not“

## 15 Monate Gefängnis - Die Juden genießen im „dritten Reich“ „den ihnen zukommenden Schutz“

Vor dem Breslauer Sondergericht fand die Verhandlung gegen den Verwaltungsdirektor der Breslauer Jüdischen Gemeinde, Amtsgerichtsrat a. D. Dr. Ernst Rehnitz, und den Handlungsgehilfen Albert Rosenthal statt. Beide hatten sich gegen die Anklage der Verbreitung von Greuelnachrichten zu verteidigen. Der ordentliche Vorsitzende des Sondergerichts, Herr Landgerichtsdirektor Dr. Schanwede, hatte sich selbst abgelehnt, weil er früher mit Dr. Rehnitz zusammen am gleichen Gericht als Richter gewirkt hatte, und sich daher als befangen ansah. An seine Stelle trat Landgerichtsdirektor Dr. Winter.

Rosenthal hatte bereits Ende April Herrn Dr. Rehnitz als verantwortlichen Schriftsteller des Gemeindefaltblattes einen Artikel: „Ich liebe meine Brüder“ eingereicht. Der Zweck seiner Ausführungen sei, so betonte er vor dem Gericht, gewesen, das Gewissen der jüdischen Arbeitgeber zu härten. Er, der durch mehr als zweijährige Erwerbslosigkeit die Schrecken dieses Jahres an eigenen Leib genugsam kennengelernt,

habe mit Grauen gesehen, wie nach der nationalen Revolution die Wertschätzung für jüdische Angestellte, einen Arbeitsplatz zu finden, immer mehr geschwunden sei und wie sich insbesondere auch jüdische Arbeitgeber ihrer Pflicht, Juden einzustellen, entzogen hätten.

Er habe daher in dem Aufsatz auf das hohe sittliche Ideal der NSDAP: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ ausdrücklich hingewiesen und verlannt, daß auch die Juden es in ihren Reiben zur Geltung brächten, und zwar vor allem dadurch, daß man selbst unter Opfern Platz für jüdische Arbeitende schaffe. Dies und nicht die Verbreitung von Greuelnachrichten sei Zweck und Inhalt des Aufsatzes gewesen.

Dr. Rehnitz erklärte, er habe in dem Artikel gleichfalls nur die ihm von Rosenthal im April einmal mündlich aneinandergesetzten Tendenzen gesehen, manchen jüdischen Arbeitgebern ins Gewissen zu reden. Der Aufsatz enthalte von den der Anklage beanspruchten Teilen auch nicht das geringste tatsächliche. Wie das Gesetz für die Anwendung der Strafvorschriften verlange, sondern lediglich reine Stimmung und Urteile, auf die nach der unvollständigen Rechtsprechung des Reichsgerichts zu einem Paragrafen ähnlichen Inhalts die Strafbestimmung nicht Anwendung finden könne.

Die Anklage erblickte das schwere Vergehen, dessen sich die Angeklagten schuldig machten, vor allem in zwei Stellen des Aufsatzes. An der einen hatte Rosenthal angeführt, daß der deutsche Jude durch seine Erfolge auf den verschiedensten Gebieten des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens bei seinen deutschen Volksgenossen vielfach das hervorgehen habe, an der anderen, daß er sich nicht nur kämpfe, sondern weit mehr Wärtner geworden sei, der schutz- und wehrlos allen Anfeindungen seiner Widersacher preisgegeben sei.

Der Vertreter der Anklage führte aus, daß diese beiden Absätze durchaus die Voraussetzungen der Anklage erfüllen. Denn es sei, wie man nötigenfalls auch im Gegenstande zu der „veralteten römisch-rechtlichen Rechtsprechung des Reichsgerichts“ annehmen müsse, wirklich eine falsche tatsächliche Darstellung, wenn behauptet werde, daß bei dem Vorgehen der NSDAP, auf welche der Artikel doch offenbar gemünzt sei, Mißtrauen und daß eine Rolle spielten; die NSDAP wende sich gegen die Juden nicht wegen ihrer Erfolge, sondern wegen ihrer Rasse. Das hätten die beiden Angeklagten auch wissen müssen und tatsächlich genutzt. Der folgende (oben schon wiedergegebene) Absatz sei nicht etwa nur ein Anfeindungen anreizender Art zu bezwecken; vielmehr sei hierin eine Hinbeutung auf angebliche Tatsachen zu finden,

wie sie in der landläufigen Greuelpropaganda jener Wochen zum Schaden Deutschlands verheerend verbreitet worden seien.

Ganz besonders verworfen sei die Behauptung, daß der deutsche Jude irgendwelchen Anfeindungen und Ehrverletzungen schutz- und wehrlos preisgegeben sei;

damit werde eine Falschverleumdung der Regierung und Justiz behauptet, welche in Wirklichkeit Leben, Eigentum und Ehre der Juden genau so geschützt habe wie die Rechtsgüter der andern im Reiche lebenden Menschen. — Der Staatsanwalt forderte daher die Verurteilung der beiden Angeklagten zu je einem Jahre und sechs Monaten Gefängnis.

Der Verteidiger E. wies darauf hin, daß sein einziger Reklamationskamerad Dr. Rehnitz freiwillig ins Feld gegangen sei, nach sehr schwerer Verwundung sich aus eigenen Stücken wieder ins Feld gemeldet habe, zum Offizier ernannt und mit beiden Eisernen Kreuzen wegen Tapferkeit im Felde ausgezeichnet worden sei. Der Verteidiger beantragte die Freisprechung beider Angeklagten.

Nun Schlußwort meldete sich noch Dr. Rehnitz und betonte hierbei, daß vor einigen Monaten in der Provinzpresse leider vielfach in überscharfer, die Ehre der Juden aufs schwerste herabsetzende Art und Form geschrieben worden sei; nur hiergegen habe sich der Aufsatz, der tatsächlich nur auf den geläufigen Kampf bezogen werden könne, gewandt.

Rosenthal führte in seinem Schlußwort nochmals aus, daß er lediglich die Absicht hatte, dem jüdischen Arbeitslosenproblem durch Einwirkung auf die jüdische Arbeitgebererschaft zu Hilfe zu gehen, daß ihm aber jedes andere Motiv gefehlt habe.

Das Gericht verurteilte jeden der beiden Angeklagten zu einem Jahre und drei Monaten Gefängnis. Es rechnete ihnen dabei die erstinstanzliche Unterbringungsdauer an. Diese zählt jedoch erst seit dem 12. Oktober; eine Anrechnung der zweiwöchentlichen Monate, welche die Angeklagten vorher im Konzentrationslager verbracht hatten, war nach dem Gesetz nicht möglich.

Die Begründung des Vorsitzenden schloß sich den Ausführungen des Staatsanwalts in allen Punkten an. Die Ausführungen des zur Anklage stehenden Aufsatzes seien insbesondere geeignet gewesen, im In- und Ausland den Eindruck zu erwecken, daß die Weisheit und die Aufrichtigkeit im „dritten Reiche“ den Juden nicht den ihnen zukommenden Schutz zu teil werden lassen; daß sie vollkommene Falschheit den Angeklagten sei (bei Bemessung des Strafmaßes) anzurechnen worden, daß sie nach der Ansicht der Geheimen Staatspolizei politisch völlig unbelastet seien und daß der beantragte Aufsatz wohl aus einer gewissen seelischen Not heraus entstanden sei.

### Dessauer

#### Der Katholikenführer ist kein „Judenstämmling“ aber ein „Judengenosse“

Seit einigen Tagen steht der frühere Zentrumsführer Professor Dessauer wegen „Korruption“ vor dem Gericht in M. Glöckel. Seine bisherigen Einlassungen berechtigten zu der Hoffnung, daß er den aus politischem Parteistand angezettelten Prozeß als Ehrenmann bestehen wird. Bisher wurde Dessauer vielfach für jüdischer Abstammung gehalten. Nun ergibt sich, daß er väterlicherseits bis zu den Urgroßeltern, mütterlicherseits aber noch mehrere Generationen weiter zurück von Rothschilden abstammt.

Aber das hilft ihm nicht viel, denn der Staatsanwalt sagt dem Angeklagten u. a. folgende Schandlätze nach:

„Bezüglich seiner Stellung zu den Juden wird ihm vorgeworfen, daß er sie sehr hart bevorzugt habe. Professor Dessauer bemerkt dazu, daß er sie niemals weder bevorzugt noch freundschaftlich zu ihnen gepflogen habe, sie aber auch niemals zurückgeschoben habe. Gegenüber den Behauptungen der Anklagebehörde, daß er die Einbürgerung der Juden besonders lebhaft betrieben habe, nimmt Professor Dessauer Stellung zu den sieben namentlich angeführten Fällen. Die Vorwürfe der Einbürgerung von Juden erstrecken sich auf einen Zeitraum von sieben Jahren. Das bedeute also für jedes Jahr einen, zwei Fälle müßten überhaupt ausbleiben, weil es sich zweifellos um Arrier handele, und um untaugliche Leute. Dann blieben noch fünf übrig. Die Mehrzahl von ihnen seien hervorragende Wissenschaftler, von denen man wußte, daß sie bei Ablehnung ihrer Einbürgerung ins Ausland gehen würden. Sie waren zum Teil Dozenten an deutschen Hochschulen und Mitarbeiter an anderen wissenschaftlichen Instituten. Einer, dessen Aufnahme in Deutschland abgelehnt wurde, ist jetzt im Institut Pasteur in Paris tätig. Der Verlust von wirklich bedeutenden Gelehrten durch Ablehnung des Staatsbürgerrechtes sei für ihn außerordentlich schmerzhaft. Aber nicht nur er, sondern auch andere, unbestritten national gesinnte Männer, hätten sich für den einen oder anderen dieser Fremden eingesetzt. Er selbst habe sich nach jedem einzelnen genau erkundigt, ehe er ihre Aufnahme als deutsche Staatsbürger empfohlen habe.

Ferner wurden Professor Dessauer sechzehn Mitate zur Last gelegt, die keine besondere Verbindung mit den Juden därtun sollen. Professor Dessauer ging all diese Vorwürfe einzeln durch. Dabei kam auch der Fall eines Dr. Bing zur Sprache. Dieser kam zu Dessauer und erklärte ihm, daß er zur katholischen Kirche überzutreten wolle. Er war bisher mosaisch und hatte zu Dr. Dessauer besonders Vertrauen. Dieser nahm sich seiner an. Als Dr. Bing nach seiner Konversion Schwierigkeiten wegen der Unterbringung seiner Kinder hatte, sorgte Dr. Dessauer, daß sein Sohn in der Sorbener-Oberschule der Carolus-Ordre angenommen wurde. „Wenn ich einem Manne, der mit seiner ganzen Familie zum Katholizismus überzutreten will, helfe, so ist das ein sehr gutes Werk.“ Auch daß er von einem jüdischen Komitee zu einer Sitzung eingeladen wurde, wird ihm von der Staatsanwaltschaft zum Vorwurf gemacht. Er erklärt, die Einladung abgelehnt zu haben, im übrigen könne man von ihm nicht verlangen, daß er an seiner Wohnung für eine Bekanntmachung aufschlage, daß jüdische Briefe an ihn nicht geschrieben werden dürften. Im übrigen sei er doch Abgeordneter des ganzen deutschen Volkes gewesen; er habe auch jüdische Wünsche anhören müssen. Wichtig sei, daß er Mitglied des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus gewesen sei. Dazu habe er aber er habe nie mitgearbeitet, nur seinen Namen dafür hergegeben. In dem Vorwurf, daß er Verkehr mit einem Herrn Pleisgang habe, stellt Professor Dessauer fest, daß die Familie a. r. l. ist, daß sie seit dreißig Jahren mit ihm bekannt sei, heute sei er sogar Nationalsozialist.“

## Ein hochpolitischer Pöbel im Saargebiet - Röchling als Angeklagter mit Glanz freigesprochen

Im Saargebiet gab es am Donnerstag eine politische und juristische Sensation. Vor dem Saarbrücker Strafhammer stand kein Verurteilter als der Eisen- und Kohlenzwangliche Hermann Röchling, der zu den Prominenten der „deutschen Front“ gehört und der maßgebende Wirtschaftsgewaltige des Saargebietes ist, von der französischen Grubenverwaltung abgeholt. Mit ihm lagen auf der Anklagebank der Verlagsdirektor Hall von der „Saarbrücker Landeszeitung“ und drei Arbeiter.

Was war geschahen? Am Anbruch dieses Jahres gelangten Flugblätter zur Verteilung, die sich gegen die französischen Schulen im Saargebiet richteten. Darin fanden folgende Sätze:

„Halt Du Dein Kind nicht sofort aus der französischen Schule heraus, bis Du ein Gewinnschlupf wirst Du mit Deinen Kindern geachtet und ausgehoben aus der deutschen Volks-gemeinschaft; soll Dir und Deinen Kindern der Schimpf nicht erspart bleiben, später einmal Vaterlandsverräter genannt zu werden, wirst Du um Deinen deutschen Namen, um Deine Ehre kommen, mußt Du daran denken, was Dir 1918 widerfahren wird. 1935 soll Dein Kind nicht mit einem Kavalier behaftet in die deutsche Schule zurückkehren.“

Dieses Flugblatt bezog sich darauf, daß deutsche Beamte ihre Kinder vielfach in die von der französischen Grubenverwaltung eingerichteten Domatialschulen schickten. In diese Schulen trat schon seit Jahren ein heftiger Kampf im Saargebiet, obwohl sie, gemessen an der Kinderzahl, nicht sehr bedeutend sind. Der Verwalter der Grubenverwaltung wird dazumotiviert, daß sie auf Beamte einen Druck ausübe, und daß sie nur denjenigen Beamten Arbeit verschleude, die ihre Kinder in diese Schulen schickten. Seit Gründung der „deutschen Front“ hat der Kampf gegen diese Schulen jedoch noch einen anderen Charakter angenommen. Er ist allenthalben begleitet von Drohungen und Verleumdungen, die an offenen Terror grenzen. Zahlreiche Anschläge im Saargebiet und ähnliche Streitigkeiten haben hier ihren Ausgangspunkt genommen. Ein gutes Beispiel dafür ist das oben erwähnte Flugblatt mit seinen unumkehrlichen Hinweisen auf 1935.

Kein anderer als Hermann Röchling selber bekannte sich als Verursacher und Verfasser. Die Anklagebehörde behauptete ihn und die anderen Angeklagten der Aufreizung oder des Aufreizungsversuchs verschiedener Teile der Bevölkerung des Saargebietes und zwei Beamte befehligt zu haben. Die Mitglieder der Elternvereine der Domatialschule in Sellen sind. An den Verleumdungen gegen das Strafgericht und gegen das Pressegericht trat nach Auffassung der Anklagebehörde noch eine Verleumdung der Regierung-

verordnung zum Schutze der Bevölkerung. Verursacht wurde die Anklage durch einen Beschlusse der beiden Verursacher an die Regierungskommission.

Der Prozeß nahm eine hochdramatische Verlauf. Herr Röchling konnte sich für sich und seine Mitangeklagten die Prominenz der gleichgeschalteten Rechtsanwaltschaft leisten. Die Verhandlung fand ihren Höhepunkt durch den Antrag des Oberstaatsanwalts auf Freisprechung aller Angeklagten. Zur Charakterisierung der saarländischen Justiz einige Sätze aus seinen Ausführungen:

„Herr Kommerzienrat Röchling wollte seine Volksgenossen in eckeliger Weise vor den französischen Schulen warnen. Um verhindern zu werden, sprach Herr Kommerzienrat Röchling als aller Saarbrücker in der volkstümlichen Sprache des einfachen Mannes. Es ist ihm nicht zu widerlegen, daß ihm nicht bewußt gewesen sei, eine subjektive Aufreizung mit seinem Flugblatt zu begehen.“

Unter dem Vorhinein des Landgerichtsdirektors Messinger schloß sich auf der ganzen Linie den Ausführungen des Oberstaatsanwaltes an und sprach sämtliche Angeklagte auf Kosten der Landeskasse frei. Obgleich wie subjektiv habe sich Röchling keinerlei Verhöre mitzuteilen kommen lassen. Es liege ein harter Druck auf den Verursachern, auf Eltern, deren Kinder nicht die Domatialschule besuchten. Diese Kinder könnten nicht erfolgreich im Lebenskampfe stehen, wie die auf deutschen Schulen erzogenen Kinder. Das Flugblatt in seiner einfachen Sprache richtete sich an Leute einfachen Bildungsstandes. Ihnen gegenüber konnte sich Herr Kommerzienrat Röchling nicht auf theoretische Erörterungen einlassen. (1) Weber liege ein ordentlicher Strafantrag nach einer Verleumdung vor, einer der beiden Verursache, die an die Regierungskommission geschriebenen hätten, sei seit 1929 Krappitz, der andere bestimme zwar die deutsche Staatsangehörigkeit, aber er habe am 1. Oktober den Antrag gestellt, in den französischen Staatsverband aufgenommen zu werden. Er sei also innerlich bereits der deutschen Kultur entfremdet. . . .

Dieser Schlußsatz kennzeichnet besser als ein langer Kommentar den hochpolitischen Charakter dieses Prozesses. Denn die nobelklingende Drohung, aus welchen Ursachen dieser Verurteilung einen solchen Antrag gestellt hätte, wurde nicht bestritten. Wir vermuten sie. Die Angst vor Terror und Provokation entfremdet zwar keinen von der deutschen Kultur, aber es kann ihn unter Umständen nötigen, schon jetzt zu verfallen, sich dem zu entziehen, was mit offener Brutalität für 1935 angedroht wird. Dafür ist und bleibt das Röchling-Flugblatt ein kennzeichnendes Beispiel.

**HEINRICH MANN  
DER HASS**  
Deutsche Zeitgeschichte  
Zweite Auflage, 4. — 7. Tausend

Broschert Hfl. 2,50 - in Leinen Hfl. 3,50

Zum ersten Mal wird das Stück deutscher Zeitgeschichte, in dessen Mitte wir leidend und kämpfend stehen, von einem großen deutschen Autor zusammenfassend dargestellt und analysiert. Aus der Analyse wird Anklage: Die große Anklage des grüßigen Menschen gegen die Widersacher des Geistes. Das Gewissen der Länder und das Gewissen unserer Nation wird nicht hinweggehen können über Schmerz und Ernst dieses leidenschaftlichen Protestes, über die Wucht dieser Wahrheit.

**IN JEDER BUCHHANDLUNG ZU ERHALTEN.  
QUERIDO VERLAG . AMSTERDAM**

Aber vielleicht wird der Herr „Kommerzienrat“, wie ihn Staatsanwalt und Vorsitzender dauernd anreden, noch einmal vor Gericht stehen müssen. Man rechnet mit einer Verurteilung an das Obergericht.

**Die neue Militärstrafgerichtsordnung,**  
die im Reichs. I. Blatt 293 veröffentlicht wird, umfaßt auch die Zivilbeamten der Wehrmacht; der Verfall militärischer Geheimnisse (§ 2) fällt unter sie und nicht unter Völkerverrat. Die niedere Gerichtsbarkeit ist durch Disziplinargerichte ersetzt; Unterweisungen anwesenden ist nicht nur Recht des Gerichtsherrn, sondern auch der ihm vorgelegten militärischen Beiführer. Die Rechtsmittel sind fast eingeschränkt, insbesondere die Rechtsbeschwerde (§ 292). Das Reichsgericht als Beschwerdeinstanz ist im allgemeinen ausschaltend (§§ 248, 249).

**Verboten!**  
Der Oberpräsident in Münster i. W. hat die „Bursche Zeitung“ mit ihren Kopfschlägern auf die Dauer von drei Tagen verboten.  
Es handelt sich um unpolitische Feuilletons, deren Konfurrenz von den Naziszeitungen bitter empfunden wird.

## Erste Hilfe für die Aermsten!

Ihre Sippenkartei wird aus Staatsmitteln fotokopiert . . .

Nun wird das Volk allmählich doch durch Hitler und die Seinen gerettet. Nicht gerade durch Brot und Arbeit. Nein, die braunen Machthaber haben bessere Qualität, geistige Nahrung und Anbruch der Nation auf Lager. Sie retten für jeden einzelnen Volksgenossen die Familiengeschichte. Die Essener „National-Zeitung“ gibt es mit gradezu hymnischen Worten kund und zu wissen:

„Im Zuge der geschichtlichen Großtaten des Nationalsozialismus wird daher einmal eine spätere Zeit diese neuen: das Entwirren und Wiederanknüpfen der Millionen Fäden der abgerissenen deutschen Familiengeschichte durch den Sachverständigen für Rasseforschung beim Reichsministerium des Innern Dr. Achim Gercke, der in zehnjähriger mühseliger Kleinarbeit die verschütteten Quellen des deutschen Blutstromes wieder zum lebenden Sprudeln brachte. Und diese spätere Zeit wird danebenstellen, die Tat des Preußischen Kultusministeriums, seine Hilfe zur Rettung der deutschen Familiengeschichte dadurch, daß es für die Verwirklichung einer ebenso genialen wie wegweisenden Idee die ersten Mittel zur Verfügung stellte.“

Zur Verfügung stellte im Interesse der Erhaltung jener Dokumente, die die Geschichte vom Kommen und Gehen des deutschen Blutes am sichtbarsten überliefern, die über die äußere und innere Entwicklung der Geschichte von Familien und Gemeinden den besten, oft einzigen Aufschluß geben: die alten deutschen Kirchenbücher,

Denkmäler von unermeßlichem Wert. Eine geschichtliche Tat für die Geschichte. Mit den modernsten technischen Hilfsmitteln soll der Gefahr der Vernichtung dieser Urkunden und Urkundenbücher zuleibe gegangen werden, ohne die Eigentumsfrage der Kirche anzutasten und ihr ewiges Recht an dem Besitz dieser Dokumente. Die in Gefahr befindlichen vergilbten Papiere im ganzen Reich sollen fotokopiert werden! Es soll mit dieser großzügigen Maßnahme gleichzeitig die Auswertung dieser Dokumente durchgeführt werden: Schaffung einer Sippenkartei für ganz Deutschland, durch die den Aermsten der Armen endlich das Vermittelt werden soll, was bisher nur den Wohlhabenden möglich war — die Kenntnis über Ahnen und rassische Herkunft und damit die Vertiefung der Gewißheit, daß auch sie lebendiges Glied der großen Blutgemeinschaft unseres Volkes sind.“

Wir dürfen also getrost neben das deutsche Eintopfgericht die Sippenkartei stellen. Grabt aus, Ihr flinken Proleten in Stadt und Land! Eure Papiere werden fotokopiert! Ihr dürft Euch sättigen in dem Bewußtsein, daß Großvater und Großmutter Euch die Blutgemeinschaft vererbt haben.

Das alles kostet zwar Geld. Aber, so sagt das Essener Blatt, angesichts einer solch wahrhaft völkischen Tat wird man die Kosten nicht scheuen dürfen. Wenn nicht anders geht, wird eine neue Wohlfahrtsumlage eingerichtet: „Blutgemeinschafts-Opfertag“.

## Shaw beim „dritten Reich“?

Sein Uebersetzer Siegfried Trebitsch äußert sich „Shaw ist ein glühender Verehrer Mussolinis“

Das neueste Stück Bernard Shaws „On the Rocks“, das eben in London seine Uraufführung erlebte, findet bereits die lebhaftesten Kommentare.

Von verschiedenen Seiten wird gegen Bernard Shaw vorgebracht, daß dieses Stück ein Bekenntnis zum Nationalsozialismus sei. Man stützt sich auf eine Reihe von Aussprüchen, die in dem Stück vorkommen, wie etwa „Besser ein einziger Diktator, als ein kleiner dreckiger Diktator in jeder Gasse“ oder mit Bezug auf Guy Fawkes, der im 17. Jahrhundert hingerichtet wurde, weil er das englische Parlament in die Luft sprengen wollte: „Der einzige Mann, der wirklich etwas von Parlamentarismus verstanden hat, war Guy Fawkes — man wird ihm in Westminster sicher noch ein Denkmal setzen“ und ähnliche. Das Stück schließt mit Rufen der Menge: „England erwache!“ worauf die Hauptgestalt des Stückes, der Ministerpräsident Sir Arthur Chavender, erklärt: „Wenn es nur endlich erwache . . .!“

Eine Wiener Zeitung hat sich in diesem Zusammenhang an den deutschen Uebersetzer Bernard Shaws, Siegfried Trebitsch, gewendet, der folgendes erklärt:

„An das Stück knüpfen sich nun dieselben Mißverständnisse, wie seinerzeit an den „Kaiser von Amerika“. Shaw hat immer schon gepredigt, daß ihm jedes Regierungssystem recht ist, wenn es von einem genialen Menschen getragen wird. Man kann Shaws politisches Bekenntnis einfach formulieren: „Es ist der Glaube an das Genie.“ Kurz: Ein genialer Bolschewik ist ihm lieber als ein unfähiger König, ein genialer König lieber als ein unfähiger Demokrat, ein genialer Demokrat lieber als ein unfähiger Faschist und ein genialer Faschist lieber als . . . nun kann die Reihe wieder

von vorne beginnen. Er erklärte mir einmal: In einem Zirkus wird man einen virtuosen Jongleur etwa, ohne nach seiner politischen Einstellung oder Konfession zu fragen, zweifellos lieber sehen, als einen, dem die Kugeln ununterbrochen aus der Hand fallen.“

Aus dem Stück geht aber nirgends hervor, daß Bernard Shaw Hitler für ein Genie hält. Seiner ganzen Vergangenheit und Veranlagung nach kann man einen Bernhard Shaw, zu dessen intimsten Freunden Juden gehören und der sich wiederholt über die Judenverfolgungen in Deutschland lustig gemacht hat, wohl schwer eine plötzliche Umschwung zum Nazitum imputieren.

Wenn man sein neuestes Stück politisch ausschrotten will, könnte man sagen, daß die Demokratie darin nicht gut wegkommt — aber nicht deswegen, weil Shaw sich an und für sich gegen die Demokratie wendet, sondern weil sie in den letzten Zeiten seiner Meinung nach keine überragenden Geister hervorgebracht hat. Hingegen ist Shaw ein glühender Verehrer Mussolinis, nicht, weil er in Mussolini den Faschisten sieht, sondern weil er ihn für ein Genie hält. Und ebenso hat Shaw wiederholt seine Anerkennung für Lenin bekundet und die großen und interessanten Anstrengungen in Sowjetrußland beifällig betrachtet. Seit fünf Jahren macht er sich über den Völkerbund als eine unproduktive Vereinigung lustig. Dies muß man alles in Betracht ziehen, ehe man aus dem neuen Stück Schlußfolgerungen politischer Art ziehen will.

Aber gerade in diesem Stück steht Shaw ganz und gar über allen Parteien, denen er allen Gerechtigkeit widerfahren läßt.“

## Abschied von der Berufsschule

Wo wäre Kerschsteiners heute?

Der Ausbau des Berufsschulwesens gehört zu den verdienstvollsten Leistungen der sozialistischen Schulpolitik der Nachkriegszeit. Aus der dürftigen Fortbildungsschule entstand ein fachlich außerordentlich weitgehend gegliedertes System des Berufsschulwesens. Erreichten wir es doch in Berlin, daß mehr als 75 Prozent aller Schulentlassenen durch die Berufsschule erfaßt wurden. Auch diese Entwicklung findet durch die Naziregierung eine jähe Unterbrechung. Schon immer waren die Handwerkskammern Gegner der Berufsschulen, entzogen sie doch die Lehrlinge sechs Stunden der Ausbeutung durch den Meister.

Es war ganz selbstverständlich, daß der Widerstand gegen die Berufsschule jetzt verstärkt einsetzen würde. Eine Reihe von Handwerkskammern haben bereits Resolutionen beschlossen und Vorstellungen erhoben. In Regierungskreisen berät man, wie man den „berechtigten“ Forderungen des Mittelstandes entgegenkommen könne. Inzwischen aber setzt bereits der stille Boykott ein, und in manchen Gegenden Deutschlands schicken die Meister ihre Lehrlinge überhaupt nicht mehr in die Berufsschule. Diese reaktionären Herrschaften wissen ganz genau, daß ihnen von der Naziregierung keine Schwierigkeiten gemacht werden. Sie kennen den Vorgang, der sich seinerzeit in Thüringen abspielte, als Herr Frick thüringischer Kultusminister wurde. Damals wurde in Thüringen die Berufsschulpflicht verringert und die Berufsmittelschule völlig aufgehoben.

Wozu braucht man noch in Hitler-Deutschland Berufsschulen? Nationalsozialistische Jugendschulen, Hitlerkasernen und schließlich Arbeitslager, das genügt schon zum Strammstehen, Heil-Hitler-schreien und zur Arbeitsklaverei.

Einstmals dachte man allerdings anders. Im Jahre 1928 führte Kerschsteiners in der Gesellschaft für soziale Reform folgendes aus:

„Die Größe der Umwälzung im wirtschaftlichen, sozialen und staatsbürgerlichen Leben drängt zu einer Er-

weiterung der Schulpflicht. Je mehr die Lebensarbeit auf allen Gebieten technische, geistige wie moralische Ansprüche stellt, je mehr die politische Verfassung Verantwortung auf jeden einzelnen Bürger legt — desto unverantwortlicher ist es, den Jugendlichen ohne jeden, oder nur mit einem kümmerlichen Schutz dem Chaos der Lebensgemeinschaft gerade in jenen Jahren zu überlassen, in denen er im stärksten Gärungsprozeß steht, in denen die Autonomie des Charakters sich einzustellen beginnt.“

Die Gesellschaft für soziale Reform ist aufgelöst. Verantwortung ist auf den einzelnen Bürger nicht mehr gelegt, er hat einfach der Autorität, die von oben kommt, zu parieren, und der große Pädagoge Kerschsteiners ist zu seinem Glück tot. Sonst wäre er schon längst in Dachau.

## Johst - tief bewegt

Agitation an einem Grabe

In einem Kölner Verlag erschien: „Karin Göring, das Hohelied der Liebe. Ein lyrisches Epos von Hans Schwaab zur Verherrlichung der opferbereiten Frau unseres Ministers Hermann Göring.“ Der Hans Johst sagt zu dem Buch: „Das dichterische Denkmal, das Sie Karin Göring in Ihren Versen gesetzt haben, hat mich über ein bloßes Interesse hinaus bewegt.“ Und der Verlag sagt: „Das Werkchen ist gerade jetzt doppelt aktuell, nachdem die Vorgänge der vorigen Woche am Grabe Karin Görings in Schweden alle Verehrer dieser stillen Dulderin tief erschütterten.“ Natürlich sind weder der Johst noch der Schwaab „über ein Interesse hinaus bewegt“, sondern es sind Interessen, die sie bewegen und auch das gehört zum Material, an dem einmal der Psychiater diese Zeit studieren wird.

## Brief aus Deutschland

Ihr, liebe Freunde, dürft die Zeitung lesen, sie kommt zu Euch mit alter Pünktlichkeit und schön gesagt, als wäre nichts gewesen und lebte Deutschland nicht in einer Zeit, die die Kalender, die ihr habt, nicht kennen, weil außerhalb des Reichs sie keiner kennt und innerhalb sie keiner darf benennen, wenn er nicht will, daß man sein Haus verbrennt.

Ihr habt Euch längst gewöhnt der fetten Lettern, mit denen man die deutsche Schande lobt und keiner wird mehr rot bei Zeitungsblättern, in denen frech der neue Wahnsinn tobt.

Uns flüstert man bei Nacht die Zeitung zu; in kleinsten Lettern müssen sie sie lesen. Der Kolporteur hats eilig: „Nimm! und laufe Du!“ Ihr wißt es nicht, wie sie uns täglich hegen. Ihr wißt es nicht, die ihr da draußen seid! Was hat sich schon für Euch so viel verändert? Von Blut ist täglich unser Blatt gerändert, uns zeigt der Henker mit dem Beil die Zeit. Ihr draußen könnt sie niemals ganz verstehen, weil ihr nicht spürt, wie uns das Herz verbrennt. Ihr könnt in Werkstatt und Fabriken gehen — doch wir?

Wir sind auf einem anderen Kontinent!

Wenzel Sladek

## Ein Toter wird mißbraucht

„Stefan-George-Preis“

Aus Anlaß des Todes Stefan Georges hat der Minister für Volksaufklärung und Propaganda bestimmt, daß der vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda alljährlich am 1. Mai für das beste Buch des vergangenen Jahres zur Verteilung kommende Preis in Höhe von 12 000 RM. die Bezeichnung „Stefan-George-Preis“ führt.

Bei Lebzeiten des großen Dichters sind alle Bemühungen, ihn für die Sache des „dritten Reichs“ zu gewinnen, fehlgeschlagen. Stefan George lehnte es ab, Mitglied der gleichgeschalteten Akademie unter dem Browning-Johst zu werden. Er antwortete auf alle Aufforderungen, sich in Manifesten zu Hitler und den Seinen zu bekennen, nie. Göbbels schrieb sich aus Propagandagründen die Finger wund, um ihn vor seinen Triumphwagen zu stellen. Obwohl sich Göbbels darauf berief, daß er als Schüler Gundolfs (der Gundelfinger hieß und gar nicht rasserein war) sozusagen zum engen „Kreis“ der Vertrauten des Dichters gehöre. George warf die Briefe in den Papierkorb.

Jetzt, wo er sich nicht mehr wehren kann, wird er von Göbbels „geehrt“. Dem sieht ein klassisches Wort Gundolfs wie angezogen: „Was den „Kreis“ betrifft, so wird er wie jedes Fremdartige heut schon viel mißbraucht von Gaunern und Gecken.“

## Manigk - beurteilt

Aus Marburg wird uns geschrieben:

Vom Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung wurde Ministerialrat Dr. Schnoering als Untersuchungskommissar nach Marburg entsandt. Professor Alfred Manigk, gegen den, wie gemeldet, Protestkundgebungen der Studentenschaft stattgefunden hatten, bleibt bis auf weiteres beurteilt. Die Studentenjohlerrei gegen den Gelehrten, der es wagte, den deutschen Ursprung der herrschenden Staatstheorie anzugreifen, hat also prompt Erfolg gehabt.

## Abraham und Esau

Professor Abraham Esau, Ordinarius der Technischen Physik an der Universität Jena, ist auch für das Studienjahr 1933/34 zum Rektor der Hochschule ernannt worden. — Ein Mann mit solchem Namen in Deutschland! Wie intensiv muß die vorgesezte Behörde seinen Stammbaum durchsucht haben, ehe sie sich entschloß, seine arische Abstammung zu bezeugen!

## Zeit-Notizen

Die Ura-Linda-Chronik

ist die neueste Entdeckung des konfusen Hermann Wirth. Sie geht bis in das Jahr 2193 v. Chr. zurück. Leider haben niederländische Philologen um die Mitte des vorigen Jahrhunderts nachgewiesen, daß diese Chronik eine Fälschung ist. Wer wagt das in der deutschen Wissenschaft zu wiederholen?

Anmeldepflicht sämtlicher Leihbüchereibetriebe

Zu dem Reichskulturkammergesetz vom 22. September sind unter dem 1. November Ausführungsbestimmungen erschienen. Aus diesen geht hervor, daß nur diejenigen Personen das Leihbüchereigewerbe im Haupt- und Nebenberuf ausüben dürfen, die Mitglieder des Fachvereins „Die deutschen Leihbüchereien EV.“ sind. Aus diesem Grunde muß jeder, der in irgendeiner Form das Ausleihen von Büchern gewerbsmäßig betreibt, sein Geschäft anmelden. Mitglieder des genannten Vereins können nur Arier werden.

Am rechten Ort

Der wegen seines betont nationalen Bekenntnisses zwangsweise pensionierte frühere Rektor der Wiener Universität, Professor Gleispach, ist am Montagabend nach Berlin abgereist, wo er an der Universität als Strafrechtslehrer wirken wird.

Einem Juden zu begegnen ist eine Wohltat, gesagt, daß man unter Deutschen lebt. Die Gescheitheit der Juden hindert sie, auf unsere Weise närrisch zu werden, z. B. „national“.

Friedrich Nietzsche

# Heimwehr mit Rizinusöl

## Zu den Machtkämpfen in Oesterreich

Im allgemeinen ist in der immer noch unklaren Situation Oesterreichs nur die Tendenz festzustellen, den heutigen halbfaschistischen, in keiner Richtung sich entwickelnden Zustand so lange als möglich aufrecht zu erhalten. Der Vorstoß von Winkler, die Regierung mehr unter den Einfluß der nichtfaschistischen Elemente zu bringen, ist gescheitert, obwohl die Verhandlungen mit dem Bundeskanzler weitergehen. Dieser Versuch ist gar nicht so zu werten, als hätte der demokratische Gedanke einen Angriff unternommen. Nur die Parteipolitiker alten Schlages, darunter ein großer Teil der Christlich-Sozialen, wollten dadurch den letzten Rest ihres Einflusses auf die Regierungsgeschäfte retten, ohne aber die Demokratie irgendwie wiederherzustellen. Dieser schwache Versuch mußte scheitern und ist auch unter den Angriffen der faschistischen Kräfte zusammengebrochen. Nicht nur der Major Fey und die Kreise um ihn meuterten gegen den Vorstoß der alten Parteipolitiker, selbst im Landbund, der Anhänger der alten Parteipolitiker, wurde er offen verleugnet. Der Landbund besaß einen faschistischen Flügel, der nicht weit von den Nationalsozialisten steht, und der Führer dieses Flügels, Vizekanzler a. D. Schum, äußerte sich in der Klagenfurter „Allgemeinen Bauernzeitung“ feindselig und ablehnend über die Pläne Winklers und nahm für die faschistische Richtung Stellung. Was der Standpunkt von Dollfuß in diesem Streit ist, bleibt ein Rätsel, denn sowohl Winkler als auch die Heimwehren versichern immer noch, vom Bundeskanzler schriftliche Zusagen zu besitzen.

Man sollte meinen, daß in dieser Lage der Einfluß der Heimwehren zugenommen habe. Das Gegenteil ist bis jetzt der Fall. Ein großer Teil der Heimwehren wurde in ihrer Eigenschaft als Assistenzkörper abgebaut und abgerüstet. Die Gründe dazu waren sowohl technischer als Opposition ging so weit, daß der Heimatschutz gegen den sozialdemokratischen Arbeiterschutz und die Gemeinde Wien vorzugehen, wurden immer stürmischer, und die Opposition ging so weit, daß der Heimatschutz gegen den Bundeskanzler selbst, der doch Führer der Vaterländischen Front ist, Stellung nahm. Dazu kamen die technischen Unzulänglichkeiten. Die als Assistenzkörper eingestellten Heimwehrenteile waren von einer Undiszipliniertheit und Unfähigkeit, die schwer vorzustellen sind. Es ergab sich, daß ein großer Teil vielfach vorbestrafte Elemente waren. An der deutschen Grenze wurden alle Assistenzleute der Heimwehr, die nicht ortsangehörig, ortskundig und verläßlich waren, abgerüstet. Dies kam aber schon zu spät. Mitten in dieser Aktion ereignete sich der Tod des deutschen Reichswehrmannes Schuhmacher, der eine Folge der Undiszipliniertheit der Heimwehr war. Zugleich wollte man einen großen Teil der in Wien eingezogenen Heim-

mehr im Gebäude der aufgelösten Bodenkreditbank abrüsten. Die Leute widersetzten sich jedoch auf Betreiben Starhemburgs, und es mußte gegen sie schwerbewaffnete Polizei eingesetzt werden.

In Innsbruck ereigneten sich durch die Heimwehr besonders skandalöse Vorfälle. Eine Rotte von übermütigen jungen Leuten, deren Väter teilweise in der höchsten Verwaltung tätig sind, veranstaltete täglich in Heimwehruniformen und in Heimwehrautos Jagd auf Bürger, die sie der nationalsozialistischen Gesinnung verdächtigten, schleppten sie in die Heimwehraufse, prügeln sie dort blutig und zwangen sie, Rizinus- und Matoröl zu trinken. Der Sicherheitsdirektor von Tirol, Steidle, gleichzeitig Propagandakommissar, schritt gegen diesen Unfug nicht ein, Dollfuß mußte persönlich intervenieren, um diesem Treiben der Tiroler Heimwehr ein Ende zu machen. Es heißt, daß Steidle, der jetzt eine Propagandareise in der Schweiz unternimmt, auf seinen Posten als Sicherheitsdirektor von Tirol verzichtet wird, diese Nachricht wird aber einseitig dementiert.

Es ist aber keine Rede davon, daß durch die Verminderung des Einflusses der Heimwehr sich der Einschlag der demokratischen Kräfte mehr fühlbar machte. So ist das Ergebnis des Habers innerhalb der Regierungskreise nur das eine, daß die an sich schon schmale Regierungsgrundlage von Dollfuß immer schmaler wird. Daraus ließe sich folgern, daß die Aussichten des Nationalsozialismus zunehmen. Es liegt auch nicht an Dollfuß oder Fey, daß eine solche Koalition nicht gebilligt wurde. Die reichsdeutschen Nationalsozialisten beharren nur mit Rücksicht auf ihre österreichischen Anhänger auf ihren integralen Forderungen, und so gerieten die unter der Hand geführten Verhandlungen, deren Förderung die verheißene Amnestie dienen soll, ins Stocken. — Eine neue Note brachte in die österreichische Politik die Tatsache, daß Fey die alte militärische Größe Oesterreichs wiederherstellen möchte und von einer aktiven Außenpolitik und einer starken Armee träumt. Dies könnte aber nur im Zusammenwirken mit Deutschland und Ungarn erreicht werden. Fey trägt seine engen freundschaftlichen Beziehungen zu den führenden Persönlichkeiten Ungarns ostentativ zur Schau. Neben wirtschaftlichen Zielen war der Zweck des Jagdbesuches von Gömbös ja auch, daß dieser Dollfuß zu beeinflussen suchte, Oesterreich solle sich in die Revisionstrakt Deutschlands und Ungarns einreihen. Oesterreich zeigte sich bis jetzt in der Revisionsfrage stets uninteressiert. Wie Dollfuß die Anregungen von Gömbös aufnahm, ist unbekannt, er dürfte wohl andere Sorgen haben.

## Keine politischen Priester

Wien, 6. Dezember.

Die Konferenz der katholischen Bischöfe Oesterreichs hat alle Angehörigen des katholischen Klerus, die politischen Vertretungskörpern im Bunde, in den Ländern und in den Gemeinden angehören, aufgefordert, ihre Mandate niederzulegen. Geistliche sollen gemäß diesem Beschluß nicht mehr National- oder Bundesräte, nicht mehr Landtagsabgeordnete oder Gemeinderäte sein. Das ist ein Beschluß von sehr großer Tragweite, dessen Durchführung das ganze Bild des politischen Lebens in Oesterreich, insbesondere aber das Bild der herrschenden christlichsozialen Partei sehr wesentlich verändern wird.

Seit den Anfängen der Verfassungsära haben katholische Geistliche in der österreichischen Politik eine sehr bedeutende Rolle gespielt. Die altklerikale Partei, die von den sechziger bis zu den neunziger Jahren die Gegenspielerin des bürgerlichen Liberalismus gewesen ist, war immer von den Bischöfen und Prälaten geführt. Als dann die Christlichsozialen die altklerikale Partei abgelöst haben, traten auch an ihre Spitze Geistliche. In ihren Anfängen war die christlichsoziale Bewegung eine Revolte der jungen Kaplanen und Kooperatoren gegen die Führung der Bischöfe und Prälaten. Aber auch später, als die christlichsoziale Partei die Sturm- und Drangperiode ihrer Anfänge längst überwunden hatte, standen immer Geisteskräfte an der Spitze. Auch jetzt ist der Anteil der Geistlichen an der christlichsozialen Führung nicht gering. Dem Nationalrat gehören acht, dem Bundesrat drei Geistliche an. In vielen Gemeindevertretungen sind die Priester die Führer der christlichsozialen Fraktion; ihr Verschwinden aus den Gemeinderäten wird in manchen kleineren Gemeinden geradezu eine Revolution bedeuten.

Für die christlichsoziale Partei ist dieser Entschluß der Kirche unzweifelhaft ein schwerer Schlag. Der Kirche dagegen wird er nur nützlich sein. Denn gerade die Tätigkeit politisierender Geistlicher hat die leidenschaftlichste Gegnerschaft gegen die Kirche hervorgerufen. Nur darf man sich nicht darüber täuschen, daß die Abberufung der Geistlichen aus den Vertretungskörpern nicht hinreicht, die Kirche dem politischen Streit zu entziehen. Will man dieses Ziel erreichen, dann ist auch andres notwendig. Da muß vorerst die Parteipolitik aus den Gotteshäusern selbst vertrieben werden; wie viele sind der Kirche darum entfremdet worden, weil im Gotteshaus selbst von der Kanzel herab für und gegen politische Parteien agitiert wurde! Da darf zweitens die Kirche nicht dulden, daß die christlichsoziale Partei um ihrer parteipolitischen Interessen willen die Kirche als „Wohlschirm“ ihrer politischen Bestrebungen mißbraucht, sich zur Deckung ihrer Politik auf die Kirche beruft. Will die Kirche dem politischen Streit entzogen werden, so darf sie insbesondere nicht dulden, daß sich Bestrebungen, die die sozialen Interessen breiter Volksmassen bedrohen, fälschlich auf sie berufen; wenn zum Beispiel der Versuch des Ausbaues einer „berufständischen“ Ordnung, der sich auf die Enzyklika Quadragesimo anno beruft, mit Maßregeln verknüpft würde, die die Rechte, die Institutionen, die Interessen der Arbeiterschaft bedrohen, ohne daß die Kirche gegen solchen Mißbrauch der Enzyklika Einspruch erhob, so würde von dem Volke die Soziallehre der

Kirche für Maßregeln verantwortlich erscheinen, die ir Wirklichkeit ganz andern Interessen dienen. Wir unsererseits können nur wünschen, daß die Kirche auf dem Wege, den sie beschritten hat, folgerichtig weitergehe und ihre Wirksamkeit von dem politischen Parteikampf völlig trenne. Denn wir haben, wie schon Marx gesagt hat, kein Interesse daran, „die weltlichen Fragen in theologische zu verwandeln“. Wir haben umgekehrt das stärkste Interesse daran, den Versuch zu bekämpfen, der so häufig unternommen wird: Klasseninteressen und Machtinteressen als Interessen des Glaubens und der Kirche zu verkleiden.

## Das Neueste

Der preussische Ministerpräsident hat angeordnet, zu Weihnachten etwa 5000 Schutzhaftlinge aus den Konzentrationslagern zu entlassen. Das ist knapp der zwanzigste Teil der Eingekerkerten.

Reichsminister Stöckel der SA. Röhm hielt am Donnerstag vor dem diplomatischen Korps und den Vertretern der ausländischen Presse eine Rede über Wesen und Aufgaben der SA.

Der Reichsführer empfing gestern den Reichsführer und die Landesführer des Volksbundes für das Deutsche Ausland.

Das Sondergericht in Düsseldorf verurteilte vier Kommunisten aus Oberhausen und Düsseldorf wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz zu 3 bis 5 Jahren Zuchthaus.

Wegen verheerender Vorbereitung eines Aufstandes durch Pinkertunisten in Madrid in Alarmzustand versetzt worden.

Der Verband ehemaliger Frontkämpfer fordert vom Parlament das Verbot der marxistischen Parteien und die Beschlagnahme ihres Vermögens.

## BRIEFKASTEN

Amsterdam. Die unter kirchlicher Einwirkung in die Welt hinausgeschickte „Schändung“ des Grabes der verstorbenen Frau des Boring bestand darin, daß man einen Oakenkreuzkranz entfernt hat. Der Täter hat einen Zettel zurückgelassen, durch den er seine Demonstration, die ungelesen bleibt, begründen wollte. Sie machen uns darauf aufmerksam, daß nach einem Gutachten des schwedischen Schriftstellers Dr. Söderman der Zettel von dem bekannten schwedischen Schriftsteller Cla. Linberg stammen soll. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die deutschen Behörden und die deutsche Presse die Feindschaft angelegen haben, als sie berichtet haben, von der Tübere sei von dem Reichsjäger Professor Södermann untersucht worden. Södermann hat mit Medizinern in tun wie die kriminellen und psychopathischen Kronzeugen des Oesterreichs mit der Wahrheit. Ausländische zeitliche Gutachter werden nicht zugelassen.

Wiederrückender Rundfunk. Wie heißt man gerne auf „Welle Langenberg“ ein. Man hätte gute Musik, ausgezeichnete Vorträge aus dem sozialen Leben des deutschen Westens und hin und wieder die Stimme des Intendanten Dr. Dr. Dieter Mann, der für die Entwicklung des deutschen Rundfunks viel geleistet hat, hat, befaßt mit einem Korruptionsprozeß, irgendwo krank und erliegt in einem Zimmer, nachdem er einige Wochen in Haft war. Kein deutsches Theater wird gegen seinen Tod in der Nacht aufzuführen, obwohl dieses neuromantische Drama den neuen Herren von heute sehr gefallen würde. Aber und interessiert heute mehr sein Nachfolger. Das ist ein Herr Dr. Glasmeier. Heinrich mit Vornamen. Ein Hauptmann wurde er später Archivar eines weltlichen Hochgerichts. Er nahm aktiv am Kapp-Putsch teil als Leiter der „Ordnung“ und wurde dann Gaukulturwart und Gaugeschäftsführer des Gau Westfalen-Rhein der NSDAP, mit dem Rang eines Sturmführers in der SS. Der „Weltdeutsche Beobachter“ offenbart uns, wie Glasmeier sich im Dulacentritt des Weltdeutschen Rundfunks demütigte: „Die Aufgabe war durchaus nicht einfach, doch Dr. Glasmeier löste sie tüchtig. Als bewährter Rumpfer Adolf Dillers weiß er um das Empfinden des einfachen Volksgenossen, weiß aber auch, was die Arbeiter der Hand und der Stirn vom Rundfunk verlangen und wollen. So stellt sich der Intendant ohne jede Vorbereitung vor das Mikrofon und glauberte ungewohnt und deshalb mit seinen Redern.“ Man muß diesen Intendanten einmal am Rundfunk vernommen haben! Ein Zuhörer nach Worten und ein Bekannter: man hörte das Rinnen der Schweitropfen über eine gewaltige Stirn. Das, was Dr. Glasmeier „Wieder“ löste, war ein Gesundheitspiel für die geprivateten Leute am Volkstheater. In den letzten Monaten, in denen dieser Intendant seines Amtes waltete, hat der Weltdeutsche Rundfunk seine Reputation verloren. In der Arbeitsteilung der weltdeutschen Sender wählte er sich vor allem den Angehörigen. Wer sich das Bild betrachtet, das der „Weltdeutsche Beobachter“ von Herrn Dr. Glasmeier veröffentlicht, ahnt, wie sehr der Weltdeutsche Rundfunk zu dieser bedauerlichen Willeknessen ist. Der Herr Intendant, klein und dick, mit einer gewaltigen Glatze vom Kinn bis zum Rücken, trauert jedem blonden Haare nach, das ihm früher seine rein arische Herkunft bezeugte.

J. D. Die hamalischen Mitteilungen über E. sind nicht mehr aktuell. Er befindet sich aber noch immer in Wien. Die Berichte über seine Behandlung lauten widersprechend. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß er nicht mißhandelt wird und es ihm leidlich geht.

G. W. Konstant. Ein Brief von Ihnen liegt uns nicht vor. Wenn Sie die Gewißheit haben, daß Ihre Beschwerden erledigt werden, so adressieren Sie an die Redaktion und nicht an einen einzelnen Redakteur.

W. A. Anwerpen. Die dankenswerte Einladung wird verworfen. Die Redaktion kann von sich aus nur sagen, daß sie nicht allwissend ist. Wenn uns Ihre Kritik mit Zeitungen vergleicht, die D und W Redaktionen haben und über einen heiligen und unbegrenzten Mitarbeiterstab verfügen, so wird die Kritik zu einer laubhaften Schmeichelei, die wir beschneiden ablehnen müssen. Helfen Sie auch in Zukunft mit. Wir freuen uns über anpreisende Kritik.

Ein Emigrant in Straßburg. Warum schreiben Sie Ihre Adresse nicht? Sie sind nicht der einzige Kommunist, der sich lametodisch an uns wendet. Wir würden Ihnen gerne ausführlich antworten haben. — Ihre Forderung ist uns zu allgemein gehalten, und man darf sie nicht einseitig erheben. Wir glauben, und vor diesem Heiler blüht zu haben. Schreiben Sie uns ruhig wieder, wenn Ihnen etwas nicht paßt. Wir versuchen immer noch hinaufzukommen. Selbstrecht und von Unschicklichkeitssünden sind wir nicht. Bei anderen nehmen wir diesen Himmel aber auch nicht hin.

„Baby“. Die Zeile mit dem einen Wort ist vornehmlich dahin gerufen. Im größten Teil der Auflage war sie entfernt.

„Allegat“. Sie schreiben uns: „Darf ich Sie auf einen Denkspruch aufmerksam machen, den ich schon wiederholt bei Ihnen angetroffen habe? Reulich überflichen Sie eine Notiz über die Verhaftung von zahlreichen sozialdemokratischen Flugblattverteilern in Dresden: „Allegat Sozialdemokratie“. Die darin zum Ausdruck kommende Auffassung mag literarisch begründet sein, und ich würde mich nicht wundern, wenn ich eine solche Ueberschrift an der Spitze einer Notiz der gleichgeschalteten Nachrichtenbüros finden würde. Zu aber, „Deutsche Arbeiter“, sollten betonen, daß es sich bei festlichem Kampf gegen den Faschismus um eine politische, juristische und moralische Egalität handelt, die sich gegen die verbrecherische Allegat der Naziregierung richtet.“ — Nicht nur mit Worten, auch am Worte läßt sich trefflich streiten. Vor einem höheren unzerstörbaren menschlichen Recht sind Sie gewiß im Recht. Fallsächlich sind aber unsere Freunde im Reiche „Allegat“, solange die gewalttätigen Rechtstreiter die Macht haben. Unsere Freunde fühlen sich auch als Allegat. Das Wort ist durch eine lange revolutionäre Tradition in vielen Ländern geheiligt. Darum wollen wir es auch weiter verwenden.

Preussische Vereinigung Winterthur. Wir freuen uns über tapferen Kampfes gegen die faschistische Barbarei. Wenn wir die Unterstützung nicht verweigern, so geschieht es, um uns davon zu überzeugen, daß mit Benutzung aus den Präsenzlisten aus den vielen Ländern, in denen wir verbreitet sind, eine List von Unterschleichen zur Veröffentlichung auf uns niedergibt. Wir hoffen, daß Sie das verstehen.

PARIS-ETOILE  
6, RUE D'ARMAILLE  
**CHEZ KORNILOFF**  
Berühmt durch seine vorzügliche Küche u. seine Spezialitäten. Stark besucht von deutschen Gästen.  
Téléphone Etoile 5249

**LACIGOGNE**  
Bar-Cabaret-Dancing  
ATTRAKTIONEN MONTPARNASSE  
11, RUE BRETELOTTI TÉLÉPHONE DANTON 64-83  
Die ganze Nacht geöffn. Mit dieser Anzeige bekommen Sie 10% Preisermäßigung.

**樓酒花萬**  
Dancing Restaurant Chinois  
des 100 000 Fleurs  
2, Rue de l'Ecole de Médecine (6)  
Chinesische Spezialitäten, Dancing, Attraktionen, beste Pflege, das lustigste von Quartier Latin. Contomations ab 8 Fr. Auf 1-ter Etage Restaurant.  
BAR-AMERICAIN  
STUDENTEN-PREISE

Eintritt und Ausbruch vom Verzehr  
**BRILLANTEN . GOLD SILBERWAREN . UHREN**  
Eigliche Gelegenheitsverkäufe  
BETTER, 49, FAUBOURG MONTMARTRE  
MAN SPRICHT DEUTSCH

**Sofortige Befreiung**  
VON KOPFWEH, MIGRÄNE, NERVEN-SCHMERZEN jeder Art verjagt binnen 0,5 A!  
In jeder neuartigen Zusammensetzung überaus rasch beruhigend. Ist es un-schädlich für Herz und Magen.  
Jeder Verbraucher zufrieden!  
(Schweizer Spezialität.) PAINEX oder CACHET, Franco gegen Einreichung von 8.30 Fr. an Postbank Saarbrücken Nr. 4850 oder 1.70 schw. Franken an-  
Otto Sidler Tell. Apoth. ke, Zürich 5

**Insectenannahme FÜR STRASBOURG**  
Librairie Populaire  
2, RUE SEDILLOT 2

**Allgemeine Deutsche Poliklinik**  
Chirurg Professor WENSTEN

18, rue Blanche  
Tel. Trinité 44-99

Métro: Trinité und St. Lazare

1) SPEZIALÄRZTLICHE ORDINATION für sämtliche Art Erkrankungen.  
2) INNERE Klinik  
3) CHIRURGISCHE Klinik  
4) GEBURTHILFICHE Klinik

ORDINATION: täglich von 1 bis 9 Uhr. Sonn- und Feiertags von 10 bis 12 Uhr

**Französisch in 15 Stunden**  
ECOLE BENEDICT . 23, Boulevard des Italiens . (Métro Opéra)

**20 Jahre Weltgeschichte in 700 Bildern!**

Einleitung von Fr. Sieburg  
Gelegenheits-Angebotstaff  
29,30 Fr. jetzt nur 9,55 Fr.  
Sofort zu beziehen durch:

BUCHHANDLUNG des „Volksstimme“  
Sauerländer, Babststr. 32  
Sauerländer, Hiltelbergstr.

**Deutsche Poliklinik**

Tel. Trinité 43-11  
Métro Pigalle

a) Allgemeine Konsultationen  
b) Chirurgie  
c) Geburtshilfliche Klinik  
d) Zahnärztliches Kabinett

aus 9 Spezialisten. Innere Medizin, Augen, Ohren, Nasen und Kehlkopfkrankheiten, Röntgen, Diathermie, Elektrotherapie, Spezialbehandlung bei Bluth. Harn- u. Geschlechtskrankheiten.

Zweistöckiges Sanatoriumsgelände. Kleine, mittlere und große Operationssäle. Die aller modernste Einrichtung.

4 Betten, 3 Ärzte, 3 Zahnärzte, 3 Hebammen und zwei Kautschuk-Arbeiten-Operatonsäle.

Ordination täglich von 9-12 und 2-8; Sonn- und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

Berücksichtigt die Inserenten der „Deutschen Freiheit“

# Pariser Berichte

## Pariser Straßenkalender

Die Pariser Polizei ist hinter dem Mann her, der den Trick mit dem gefälschten 1-Million-Los machte. Der einzige Anhaltspunkt ist, daß der Täter gewußt haben muß, daß der echte Gewinner des Loses 24 922 dieses noch nicht präsentiert hatte. Der echte Gewinner ist ein Stadtsekretär in Saint-Etienne, ein 35jähriger Kriegsbeschädigter, dem ein Bein abgenommen wurde.

Die Pariser Studenten machten eine Protestversammlung gegen die Aufhebung der Wahlen zum Disziplinarrat der Universität.

Von der Ersten Kammer des Zivilgerichts wurde das „Exequatur“ in Sachen der Ehescheidung der Erbprinzessin von Monaco mit dem Prinzen Polignac erteilt.

Der Bandit Spada, der sich erneut in Korsika verantworten sollte, beging eine Selbstverstümmelung, wurde operiert und ist außer Lebensgefahr.

Sonntag, den 10. Dezember, 21 Uhr, veranstaltet der Deutsche Klub (64, Rue du Rocher) einen „Bunten Vortragsabend“, Vorlesung von „Danton“ — Büchner — Rolland. Songs und politische Lyrik von Weill, Eysler, Tucholsky u. a. Mitwirkende: Askenasy, Redlich, Zacharias. Am Klavier: Hirschland. Karten 3, 5 und 8 Franken. Gäste willkommen.

## Gleichgewicht im Haushalt der Stadt Paris

Paris spart. Der Etat für 1934, der den Stadträten vorgelegt wird, dreht sich um 3,76 Milliarden Franken, das sind immerhin über 93 Millionen weniger.

Zuerst war ein nettes Defizit von 413 Millionen im Stadtsäckel, ein Loch, das hier immerhin erschreckt. Die Ursache waren die Kosten für die Stempelgelder und der Minderverbrauch an Wasser, Gas, Elektrizität und U-Bahn infolge der Krise. Auch der städtische Oetrof, der immer noch erhoben wird, senkte sich um 25 Millionen, und 26 wurden auf die Stadtschuld gepumpt.

Um dieses Defizit zu vernichten, machte der Präfekt erhebliche *Ersparnisse* bei der Polizei, bei der Assistance publique, beim Crédit municipal, bei den Subventionen, bei Arbeiten, die verschoben wurden. Auf diese Weise erniedrigte sich das Defizit auf 76 Millionen — wobei noch 6 Millionen neue Spesen eingetroffen waren. Auch dieses Defizit wurde jetzt durch die Pläne des Präfekten ausgeglichen — und das Gleichgewicht im Haushalt hergestellt, was nach deutschen Begriffen wie ein „Märchen“ klingt.

Ja, was es in Frankreich noch alles gibt: städtische Selbstverwaltung, Schwurgerichte, Kindererziehung ohne Haß, Wahrung der Menschenrechte — die viel verlästerte Demokratie scheint doch nicht so schlecht zu sein! Man muß sie nur richtig anzuwenden verstehen . . .

## Besuch in der Benedictus Schule

Wir hatten in diesen Tagen Gelegenheit, eine moderne Sprachschule zu besichtigen. Vielen Neuangekommenen, die versuchen, sich in Frankreich eine neue Existenz zu gründen, wird es ein guter Fingerzeig sein, wenn sie wissen, wo sie schnell und preiswert die französische Sprache erlernen können.

Die Benedict School in 23 Boul. des Italiens ist ein Institut, in dem man nicht nur schnell, sondern auch gründlich die Sprache erlernen kann. Besonderer Wert wird darauf gelegt, daß man die Umgangssprache fließend beherrscht. Dabei werden die Grundbegriffe der Grammatik nicht vernachlässigt. Aber kein unnützer Ballast wird mitgeschleppt.

Der Unterricht wird von erfahrenen und diplomierten Lehrkräften erteilt. Es gibt Einzelunterricht und Kurse, die sich ebenfalls einer großen Beliebtheit erfreuen. Die Teilnehmerzahl an den einzelnen Kursen ist nicht hoch, so daß jeder Beteiligte Gelegenheit hat, praktisch mitzuarbeiten. Es ist eigentlich unnötig zu betonen, daß der Unterricht in hellen und freundlichen Räumen stattfindet.

Sehr wichtig ist es auch, daß die Benedict School, 23, Boul. des Italiens, sich nicht nur im Herzen der Bevölkerung einen Platz errungen hat, sondern daß sie so zentral gelegen ist, daß die Schule von allen Gegenden der Stadt sehr leicht zu erreichen ist. Metro (Station Opéra), viele Autobuslinien führen zur Benedict School, 23, Boul. des Italiens.

## Der Femina-Preis

Was heißt das verächtliche Wort „Blaustrumpf“ (Bas bleu), wenn eine Mutter von fünf Kindern den höchsten Romanpreis von den Frauen erhält?

Die Frauen sind große Romanleserinnen; ihre Jury ist berechtigt. Jetzt haben die Damen wieder bei heißer Wahl gesessen. Im Vorjahr gab es elf Runden um zwei Männer, bei denen schließlich die Mehrstimme der Vorsitzenden den Ausschlag gab. Diesmal ging es mit vier Runden ab.

Unterlegen sind zwei Frauen mit je 2 Stimmen und als Hauptnebenbewerber der auch für den Goncourt-Preis mit-

genannte Robert Francis, der den bekannten Roman „La grange au trois belles“ schrieb und im Mittelpunkt einer großen Kampffäre der führenden Zeitschrift des Landes steht.

Die Siegerin Mme. Geneviève Fauconnier wohnt fern von Paris in einem kleinen Nest auf dem Nordufer der Gironde, in der Charente Inférieure, nördlich von Bordeaux. Ihr Bruder hat 1930 den Goncourt-Preis bekommen. Ihr schöner, sehr weiblich empfundener Roman „Claude“ (Verlag Stock) wurde auch von der sozialistischen Presse gelobt. Vordem schrieb sie einen Kinderroman.

Der „Intorallié“ der Literaturleute, die in der Zwischenzeit wählten, fiel auf Robert Bourget-Pailleron für das Buch „L'Homme du Brésil“.

**An- und Verkauf**  
zentraleuropäischer und südamerikanischer Devisen Effekten und  
**REICHSMARK**  
durch das Bankhaus  
**Georges Perles & P. Miche'**  
34 RUE LAFFITTE . PARIS IX  
TELEFON TAIBOUT 98-40 BIS 46

Am Donnerstagmittag verkündeten die Wissenden im Radio die „Kulissenvorgänge“ des Goncourt-Preises, der höchsten Auszeichnung des Roman-Jahres, der besonders heiß umstritten wurde.

## Eine kleine Geschichte vom Kamel im Jardin des Plantes

Der Eigentümer des Kamels und der Tiere, die im Jardin des Plantes das Entzücken der Kinder bilden, hat dieser Tage für das Leben seiner Pensionäre gebangt. In

einer großen Wagenfabrik in der rue Poliveau brach nämlich ein lichterlohes Feuer gegenüber der Stallung aus. Die Poneys wollten ausreißen, aber das Kamel hielt stoisch stand und schluckte den Rauch. Die Kinder begrüßten am nächsten Morgen ihre lieben Tiere mit besonderem Nachdruck, und da in der Nähe des Jardin des Plantes sich eine „deutsche Ecke“ niedergelassen hat, war auch deren Freude groß.

## Schmeling gegen Baer

Nach einer Meldung aus Neuyork hat Joe Jacobs, der Manager von Schmeling, ein Match zwischen Schmeling und Max Baer für San Francisco vereinbart. Schmeling hat den Vertrag unterzeichnet.

## Die Arbeiter-Emigranten

Von den 60 000 Flüchtlingen, denen durch die Arbeiten des Ausbüßes Hilfe gebracht werden soll, sind nach den Angaben des Oberkommissars MacDonald nur etwa ein Zehntel Angehörige der Arbeiterschaft. Die übrigen befügen zum größten Teil im kleineren oder größeren Umfang die nötigen Mittel, um ein Handelsgeschäft anzufangen zu können.

## Frankreich

„Neuer Vorwärts“ wird in Paris jeden Sonntag in allen großen Zeitungskiosken und in den Bahnhofs- u. Untergrundbahnbuchhandlungen verkauft. Er ist in den bedeutendsten übrigen französischen Städten erhältlich (Lille, Marseille, Lyon, Nice, Cannes, Juan-les-Pins, Mentone usw.). Auch in Monaco, Marokko (Casablanca) und Algerien (Alger). Wegen der Aufnahme von Inseraten und von Abonnements in Frankreich wende man sich schriftlich an  
BORIS SKOMROSKY — 141 rue Broca — Paris (13e). Postcheckkonto (Chèque postaux): Paris 1260 98.

Das Abonnement kostet: 12 Monate 65 Fr., 6 Monate 35 Fr., 3 Monate 18 Fr.

Für den Gesamthalt verantwortlich: Johann Pfy in Dubweiler, für Anzeigen: Otto Rudin in Saarbrücken. Verlagsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme GmbH, Saarbrücken & Zülpfenstraße 6.

**Dr. Spécialiste**  
10, rue de Rivoli — Métro Châtelet  
**RADIKALE HEILUNG von BLUT-, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN**  
Heilung von Krampfadern und offenen Beinwunden  
Neueste Behandlungsmethoden: Elektrizität, Imolunexverfahren, Trypalle, vine-Einspritzungen  
Blut- und Harn-Untersuchungen, Spermatur, Salvarsan, Wismut usw.  
Sprechstunden täglich von 10-12 und von 4-8 Uhr. Sonntags von 9-12 Uhr  
Konsultationen von 25 Fr. ab.  
Mussprich deutsch

**SEROKLINIK VON PARIS**  
71, Boulevard de Clichy Métro Blanche  
Lamieiden chronischen und rascher Trapper, Miliärgicht, Cystitis, Prostata. FRAUENLEIDEN, Hautkrankheiten, Venenentzündung, Hämorrhoiden, Syphilis, Haut- und Kopfhauterkrankungen, Ausschlag, Psoriasis. — Neue Behandlungsmethode auf elektrischem Wege und durch ultraviolette Strahlen. Sevotherapie und Auto-Hemo-Therapie. — Mässiges Honorar. Konsultationen von 9-12 und 14-2 Uhr. Sonntags von 9-12 Uhr.

**Doktor Wachtel**  
Harn-, Blut- und Hautkrankheiten  
123, Bd. Sébastopol. — Sprechstunden v. 9-12 u. 2-8 Uhr; Sonntags vormittags 9-12 Uhr.  
Nase, Hals, Ohren.  
Sprechstunden täglich von 5-7 Uhr.

**Steuerfragen Gesellschaftsgründungen**  
Wenden Sie sich an  
**F. BRIQUEU**  
LICENCIÉ EN DROIT  
ehemaliger Kontrolleur der direkten Steuerbehörden um vom offiziellen Standpunkt aus beraten zu werden.  
1, Bd. Bonne-Nouvelle, Paris (2), Tel. Louvre 12-65

**Achtung, Eltern!**  
Mein Jugendheim, bedeutend vergrößert, befindet sich jetzt in **MARNES-LA COQUETTE, 3<sup>te</sup> Grande Rue**  
20 Minuten Bahnfahrt vom Bahnhof St. Lazare, Paris  
Telefon Garches Nr. 629.  
Große Villa mit riesigem Park, fließendes Wasser in jedem Zimmer, Zentralheizung usw. Überleitung in die franz. Schulen. Gymnastik, Sport.  
**FRAU DR. BERG**

**Glänzende Existenz!**  
Gutgehendes bürgerliches Lokal mit großem Mittags- und Abendtisch in Brüssel ist umständehalber mit reichlichem Inventar für 50000,- belg. Fr. zu verkaufen. Offerten an: Generalvertretung „Deutsche Freiheit“ Bruxelles, XL, 38, Rue d'Edimbourg.

**Pelze-Kramer**  
97, Grand'rue STRASBOURG  
Grosse Auswahl in Pelztragen ab 20 Fr., Pelzjacken ab 175 Fr., Pelzmäntel ab 350 Fr., Haab- und Skunksfüchse ab 150 Fr., Skunks-Colliers und Echarpes ab 200 Fr., Reparatur, 30% Ermässigung 1421

**BRÜSSEL**  
rue 1, Engagement 13-17  
Dr. jur. K. Goldmann  
frz., deutsch, Rechtsanw., Forderungszwang in Deutschland, Handelsvertretung, Dasselbe franz. Sprachkurse.  
Monatlich 20,- Franken

Auch die „Kleine Anzeige“ in der „Deutschen Freiheit“ bringt Erfolg!

Wo speist man gut und billig in Brüssel  
**Restaurant à la Fourchette**  
22, rue St. Michel, 22, 1. Querstraße rechts vom Platz Brouckere. Mittagessen von 6.- bis 10.- Fr.  
**Abendessen von 18 bis 23 Uhr**  
bestehend aus Suppe, Fleisch, Gemüse und Brot.  
Preis nur 6.- Fr.

**Interessen-Vertretungen im Ausland**  
Belgische Agentur, seit Jahren bestens eingeführt, besorgt Häuser, Geschäfte, Hypotheken und übernimmt Interessen-Vertretungen jeglicher Art. Zuschriften unter Chiffre Z. 557 befördert ABEPEC, BRUSSEL, 22, Place de Brouckere, 22

**Ungarisches Restaurant Budapest**  
BRUSSEL  
35, rue du Diamant, hinter Kaufhaus 'Innovation'  
**Mittag Diner, Abend Souper** 7  
Suppe, Fleischgang mit Beilage, Dessert Fr.  
entsprechlich Getränk, Bedienung, Brot nach Belieben, Schmuckhafte, nahrhafte Küche!  
Aufmerksamste, höfliche Bedienung!